

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Kurt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. Februar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Kurt IV. Nr. 1984.

## Zur Attacke gegen die Sozialdemokratie.

Es sind erst wenige Wochen her, daß sich die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.“ krampfhaft bemühte, durch allerlei krauses Gerede die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß der deutsche Kaiser Wilhelm II. unzählige Male Reden gegen die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse gehalten hat, die deren Empfinden aufs schwerste verletzen mußten. Trotz alles Eifers und aller Kasuistik vermochte das offiziöse Organ an den Hunderten schroffer rednerischer Wendungen gegen die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse nicht das kleinste Titelchen zu ändern. Das ganze offiziöse Gerede lief schließlich auf die kindliche Ausrede hinaus, daß der Kaiser niemals die deutsche Arbeiterklasse selbst getroffen habe, sondern nur ihre Führer, jene vaterlandslasche Rotte von Agitatoren, von denen das deutsche Proletariat sich gegen Thron und Altar habe aufheben lassen. Eine Entschuldigung, die noch schlimmer war als die fraglichen Angriffe selbst: stempelte doch das offiziöse Organ dadurch die drei Millionen deutscher Sozialdemokraten zu den hoffnungslosesten Idioten!

Ebenso bemerkenswert, wie das offiziöse Gestammel, war allerdings die Zurückhaltung, die sich der Kaiser selbst während des Wahlkampfes auferlegte. Nicht nur, daß die Offiziösen versuchten, die Bedeutung früherer kaiserlicher Kundgebungen abzuschwächen: der Kaiser selbst verzichtete sorgfältig darauf, durch eine neue Kundgebung der früheren Art in den Wahlkampf einzugreifen. So redselig die Herren Bülow und Dernburg waren, der Träger der Krone prägte kein einziges neues Schlagwort. Offenbar befürchtete man, daß eine neue Kundgebung von den proletarischen Massen ebenso gedeutet und die gleiche Wirkung haben würde, wie z. B. die kaiserliche Aufforderung an die Essener Arbeiter, das Tisch Tuch zwischen sich und „diesen Menschen“ zu zerschneiden!

Wer nun freilich geglaubt hätte, daß diese während des Wahlkampfes geübte Keiferbe auch künftig gewahrt werden würde, hat sich gründlich getäuscht! Der Kaiser hat gestern nacht eine Ansprache an eine ihm Ovationen bereitende „patriotische“ Menge gehalten, die sich ganz in den Bahnen früherer Kundgebungen gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft bewegte. Daß diese Rede frei war von der gewohnten formalen Schärfe des Ausdrucks, hebt die Tatsache nur umso plastischer hervor, daß der angeblich über den Parteien stehende Träger der Krone wiederum mit einer Entschiedenheit gegen eine bestimmte soziale Bevölkerungs-schicht und eine bestimmte politische Partei Stellung genommen hat, wie kaum je zuvor. Die kaiserliche Ansprache lautete:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen für die Ovationen, die Sie mir gebracht haben. Sie haben am heutigen Tage wohl alle mitgearbeitet und dadurch bewiesen, daß das Wort unseres Reichslanzlers richtig ist, wenn Deutschland will, so kann es reiten.“ Ich hoffe, daß dies nicht bloß für den heutigen Tag zutrifft, sondern daß in Zukunft, wenn alle Stände und alle Konfessionen zusammenhalten, sie nicht nur reiten können, sondern auch alles niederreiten, was sich uns in den Weg stellt. Ich danke Ihnen nochmals und schließe mit den Worten, die unser deutscher Dichter Kleist in seinem „Prinz von Homburg“ Kottwitz zum Großen Kurfürsten sprechen läßt:

Was kümmert Dich, ich bitte Dich, die Regel,  
Nach der der Feind sich schlägt, wenn er nur nieder  
Vor Dir mit allen seinen Fahnen sinkt?  
Die Regel, die ihn schlägt, das ist die höchste!“

Niemand kann auch nur eine Sekunde darüber im unklaren sein, gegen wen sich diese Rede richtet, wer niedergeritten werden soll. Es ist die Sozialdemokratie, die Vertreterin der übergroßen Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse! Sie wird, so hofft der Kaiser, „niedergeritten“ werden, „wenn alle Stände und alle Konfessionen zusammenhalten“. Alle Konfessionen! Der Kaiser hofft also, eine neue noch einheitlichere Schlachtlinie gegen die Sozialdemokratie formieren zu können. Auch das Zentrum soll künftig mitun! Das Zentrum sollte ja nach dem ursprünglichen Plane der Regierung ebenfalls zerstückelt werden, man mußte sich wenigstens so stellen, um die freisinnigen Hülfstruppen zu sich herüberzuziehen. Nun ist das Zentrum stärker aus dem Wahlkampf wiedergekehrt denn je. Die freisinnigen Kulturkampfpauker sind darob sehr enttäuscht, und ihr einziger Trost in Tränen ist nur, daß wenigstens die Sozialdemokratie, der noch ungleich verhasstere Gegner, ein paar Duzend Mandate eingebüßt hat. Und nun soll der Freisinn sich gar mit dem Gedanken bestreuen, daß er künftig seinen Frieden mit dem noch soeben so wütend bekämpften Zentrum schließen soll, damit die Sozialdemokratie um so wirksamer bekämpft, „niedergeritten“ werden kann. Die „Regel“, die den „Feind“, die Sozialdemokratie, schlägt, ist dem Kaiser „das Höchste“ und diese Regel ist eben die gemeinsame Frontstellung gegen die Sozialdemokratie, der Ansturm der ganzen, geeinten reaktionären Masse gegen das deutsche Proletariat! —

In allen Fibern des deutschen Proletariates bebt noch die fürchtbare Empörung über die niederträchtige Kampfesweise über die namenlose Verlogenheit und Verleumdung,

mit der diesmal vom Regierungsblok unter Führung des Reichsligenverbandes gegen die Partei der deutschen Arbeiterklasse gefolpert worden ist. Und daß trotz dieses beispiellosen Aufwandes der skrupellosesten und brutalsten Mittel die Sozialdemokratie von 3 Millionen auf 3 1/2 Millionen Stimmen angewachsen ist, daß sie allein mehr Wähler gestellt hat wie Konservative, Reichsparteiler und Nationalliberale zusammengenommen, ist der blüdigste, unerschütterlichste Beweis dafür, daß die Masse des Proletariats, die Elite der deutschen Arbeiterklasse, alle zum Denken, zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde erwachten Arbeiter unbegreifbar zur Sozialdemokratie stehen, daß sie sich eins fühlen mit der „Rotte von Menschen“, aus deren Reihen man sie befreien zu können glaubte.

Wir wissen nicht, ob der Kaiser seine irrigen Vorstellungen von dem Wesen der Sozialdemokratie, innerhalb deren er verabscheuungswürdige Verführer und bemitteidenswerte Hülfbedürftige Verführte unterscheiden zu können glaubte, durch den nunmehrigen Wahlausfall endgültig korrigiert sieht. Fast könnte man das nach der Form seiner diesmaligen Kundgebung annehmen, spricht er diesmal doch nur von dem Kollektivbegriff des „Feindes“, der niedergedrückt werden soll. Hoffst er doch, daß alle Stände und Konfessionen zusammenhalten, damit sie nicht nur reiten, sondern auch „alles niederreiten, was sich ihnen in den Weg stellt“.

Nun, wir Sozialdemokraten haben an sich nichts dagegen, daß durch diese neueste Kundgebung die kindliche Illusion von einem Königtum, das über den Parteien steht, selbst für die naivsten Gemüter radikal zerstört wird. In einem gewissen Sinne können wir mit dieser jüngsten Kaiserrede ganz zufrieden sein. Sie zeigt den Klassenkampf in der denkbar schärfsten Ausprägung. Sie zeigt, wie rettungslos auch die Krone in den politischen Kampf des Tages hineingezogen wird, wie sie in dem Klassenkampf — bewußt oder unbewußt — ihr Banner aufpflanzt, und selbstverständlich auf den Schanzen der herrschenden, der bestehenden Klasse!

Im übrigen sieht die Sozialdemokratie den angeforderten Angriffen mit großer Ruhe entgegen. Die Zeit der Kavallerie-attacken ist auch in der Politik endgültig vorbei. Der rasche, plötzliche Ansturm der Reiterchar bricht sich an dem Widerstand der besonnenen den Feind erwartenden Infanterie, die mit den Waffen, die die moderne Entwicklung geschaffen hat, ausgerüstet ist. Wir harren also getrost des Ansturmes, so sehr wir auch meinen, daß die stärkste Partei des Deutschen Reiches, die Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse, für niemanden in diesem Staate ein geeignetes Objekt zum „Niederreiten“ sein dürfe!

## Eine zeitgemäße Reminiszenz.

Bei der Diskussion über die Kaiserreden, die am 22. und 23. Januar 1903 im Reichstag stattfand, machte Genosse Vebel Ausführungen, deren auszugweise Wiedergabe uns gerade im Anschluß an die neueste Kaiserrede besonders aktuell erscheint. Vebel sagte:

„Meine Herren, es gibt gar nichts Gefährlicheres, auch in der Politik, als eine Kampfesweise, die man mehr oder weniger als eine persönliche Bezeichnung mißt. Eine derartige Kampfesweise trägt besonders dazu bei die Gegensätze zu schärfen und gegenseitig die bösen Stimmungen zu verstärken.“

So haben wir z. B. in diesen Tagen wieder bei unseren Verhandlungen zu konstatieren Gelegenheit gehabt, daß der jetzige deutsche Kaiser bei jeder Gelegenheit auf die Sozialdemokratie zu sprechen kommt und seiner schlimmen Stimmung gegen uns in der schärfsten und schneidendsten Weise Ausdruck gibt

und daß er dadurch zu der von mir charakterisierten Gestaltung des Kampfes, ob gewollt oder nicht gewollt, in hohem Grade beiträgt... Der Artikel 27 der preussischen Verfassung, der das Recht der freien Meinungsäußerung jedem Preußen gewährt, besteht doch auch für den Kaiser. — Meine Herren, Sie dürfen nicht glauben, daß wir irgend einem Mann, am wenigstens einem Fürsten, der an der Spitze eines Staatswesens steht, das Recht der freien Meinungsäußerung bescheiden wollen. Aber es ist doch kein Zweifel: der Fürst hat in unserem konstitutionellen Staatssystem eine Ausnahmestellung.

Er ist staatsrechtlich unverantwortlich, er ist sogar in hohem Grade strafrechtlich unverantwortlich...

Auch die Presse ist in der eigentümlichen Lage, daß sie nur in sehr vorsichtiger und gewundener Weise auf derartige Angriffe antworten kann; sie ist von dem § 95 des Strafgesetzbuchs bedroht, und dieser wird bekanntlich der Sozialdemokratie gegenüber ganz besonders scharf von den Richtern angewandt, namentlich, wenn es sich um den Kaiser handelt.

Außerdem, meine Herren, war der Vergleich des Herrn Reichskanzlers auch insofern meiner Auffassung nach nicht richtig, als der Kaiser so wenig wie ein anderer Fürst Privatmann ist. Der Kaiser ist kein Privatmann, kann keiner sein. Das liegt in seiner Stellung. So oft der Kaiser sich irgendwo zeigt und auftritt, sei es in welcher Gestalt, tritt er als Kaiser auf. Eine Ausnahme wäre vielleicht, wenn er, ein zweiter Garim al Raschid, verkleidet ins Volk

gehen wollte, etwa in eine sozialdemokratische Versammlung und eine Rede gegen die Sozialdemokratie hielt.

(Große Heiterkeit.)  
Natürlich, da würden wir ihm, weil er nicht als Kaiser, sondern als irgend ein Privatmann — sagen wir als Garim al Raschid — erschiene, entsprechend antworten.

(Große Heiterkeit.)  
Aber das ist ausgeschlossen; das wird der Kaiser nicht tun.

(Sehr gut und Heiterkeit links.)  
Ich begreife auch, daß er es nicht tut.

(Zurufe und große Heiterkeit links.)  
Meine Herren, Sie sehen aus alledem, daß die Lage, in der wir speziell als Sozialdemokraten diesen fortgesetzten Angriffen gegenüber uns befinden, eine äußerst fatale ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)  
Wir werden angegriffen, heftig angegriffen — ich werde ja noch auf eine Reihe der Bezeichnungen, die man gegen uns braucht, zu sprechen kommen — und können nicht antworten. Daß nun aus diesem Verhältnis ein besonderer Grad der Erbitterung, ja, meine Herren, wenn ich es offen sagen soll, des Hasses gegen die Person des Kaisers unter den Angegriffenen erwächst

(Weinung.)  
— wundern Sie sich darüber? Ist das nicht selbstverständlich?

(Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wir haben also gegen die Person der Fürsten und gegen die Person des Kaisers, sei es, was es wolle, an sich nichts einzuwenden. Aber wenn, wie es hier unseugbar geschieht, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wir zum Gegenstand der heftigsten Angriffe gemacht werden, da müßten wir keine Menschen von Fleisch und Blut sein, da müßten wir kein Gerechtigkeitsgefühl in der Brust haben, wenn wir das uns schweigend gefallen ließen.

(Stürmisches Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)  
Es ist ein Skandal für unsere Zustände, daß wir solchen Angriffen mit so gebundenen Händen gegenüberstehen, wie es tatsächlich der Fall ist.

(Lebhafte Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Zurufe.)

Nun, meine Herren, kommt eine weitere Frage. Ich meine, wenn man in dieser Weise uns angreift, dann muß das doch einen Zweck haben, man muß doch glauben, daß man damit der eigenen Position nützt, daß man die politische Richtung, die man vertritt, damit fördert. Glauben Sie denn das? meine Herren? Glaubt das einer unter Ihnen?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)  
Glauben Sie, daß der Deutsche Kaiser damit mehr Monarchisten gemacht hat? Oder glauben Sie, daß der Deutsche Kaiser durch seine Reden weniger Sozialdemokraten gemacht hat?

(Zurufe und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)  
Soweit man das beweisen kann, ist das Gegenteil der Fall... Der Herr Reichskanzler hat sich, gegen meinen Parteigenossen v. Bollmar wendend, dagegen ausgesprochen, daß es in Deutschland Bonapartismus und Zäsarismus gäbe; das seien fremde Worte. Jene sind es fremde Worte, aber sie sind leider in Deutschland sehr gut eingebürgert.

(Sehr wahr! links.)  
Und warum? Weil, wie in den Ländern, wo diese Worte entstanden sind, auch in Deutschland sich Zustände gebildet haben, die diesen Wortbezeichnungen nur zu sehr entsprechen.

(Sehr wahr! Sehr richtig! links.)  
Meine Herren, wir haben Zäsarismus und Byzantinismus in Halle und Halle bei uns.

(Sehr wahr! Sehr richtig! links.)  
Für gewisse Zustände und Erscheinungen im Deutschen Reich lassen sich nur Vergleiche herbeiführen, wenn man in das Rom der Zäsuren oder in das verfallende Byzanz hinübergreift.

(Lebhafte Sehr wahr! Sehr gut! links.)  
Es herrscht Byzantinismus, weil Zäsarismus herrscht. Es herrscht bei uns ein Strebertum, ein Servilismus, wie er niemals schlimmer unter einem Volke gewesen ist

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)  
und speziell in den oberen Klassen in Deutschland.

(Sehr wahr! Sehr richtig! links.)  
Wer nur ein wenig in diesen Klassen verkehrt, nur ein wenig Weisheit weiß, weiß, welches Maß von Feigheit, von Charakterlosigkeit, von Strebertum und Servilismus dort herrscht.

(Lebhafte Sehr wahr! Sehr richtig! links.)  
Dort besteht kein Platz mehr in der Ausprägung einer Ueberzeugung, die nach oben Anstoß erwecken könnte; alles bückt sich und kriecht, alles sucht Geld, Stellungen und Vorteile für sich herauszuschlagen.

(Sehr gut! Sehr wahr! links.)  
In der Tatse macht man die Faust, wenn der ersichtliche Vorteil ausgeblieben ist, aber zum offenen Reden ist man zu feig.

(Sehr wahr! links.)  
Ich meine, auch Sie, meine Herren, hätten alle Ursache, diesen fürchtbaren Rechtschaden, die notorisch und unbestreitbar an unserem Volkstum nagen, entgegenzutreten und mit gutem Beispiel voranzugehen, d. h. Rauesmetz auch vor Königschronen zu beweisen.

**Die Interfusions-Gebühr**  
Betragt für die sechsgebundene Anonimgeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Die Sozialdemokratie im neuen Reichstag.

<b>Albrecht</b>	Calbe-Mehersleben
<b>Auer</b>	Glauchau-Meerane
<b>August Behel</b>	Hamburg, I. Kreis
<b>Böhle</b>	Strasbourg
<b>Bömelburg</b>	Dortmund
<b>A. Srey</b>	Hannover
<b>Brühne</b>	Höchst-Ufingen
<b>Dr. David</b>	Mainz
<b>Heinrich Dietz</b>	Hamburg, II. Kreis
<b>Shrhart</b>	Ludwigshafen.
<b>Sieghorn</b>	Pforzheim
<b>Emmel</b>	Mülhausen
<b>Fiseker</b>	Berlin 2
<b>Dr. Frank</b>	Mannheim
<b>S. Frohme</b>	Altona-Stormarn
<b>Geck</b>	Karlsruhe
<b>F. Geyer</b>	Leipzig-Land
<b>H. Goldstein</b>	Stollberg-Schneeberg
<b>Keine</b>	Berlin 3
<b>Kildenbrand</b>	Stuttgart
<b>Kengsbach</b>	Duisburg
<b>Koch</b>	Hanau
<b>Georg Korn</b>	Dresden-Land
<b>Kue</b>	Bochum
<b>August Kaden</b>	Dresden-Neustadt
<b>Ledebour</b>	Berlin 6
<b>Legien</b>	Kiel
<b>Lehmann</b>	Wiesbaden
<b>Wilhelm Metzger</b>	Hamburg, III. Kreis
<b>Noske</b>	Chemnitz
<b>Sachse</b>	Waldenburg
<b>Scheidemann</b>	Solingen
<b>Schmidt</b>	Berlin 5
<b>Theodor Schwartz</b>	Lübeck
<b>Severing</b>	Bielefeld
<b>Singer</b>	Berlin 4
<b>Stadthagen</b>	Nieder-Barnim
<b>K. Stolle</b>	Zwidau-Crimmitschau
<b>Stücklen</b>	Mittweida
<b>Dr. Südekum</b>	Rürnberg
<b>Ulrich</b>	Offenbach
<b>Georg v. Vollmar</b>	München 2
<b>Zubell</b>	Teltow-Beeskow

Von den aufgeführten Kreisen haben wir diesmal neu erobert: Mülhausen, Wiesbaden, Strasbourg, Hanau, Duisburg, Höchst-Ufingen und Bielefeld. Dem vorigen Reichstag haben von den jetzt gewählten Sozialdemokraten nicht angehört: Dr. Frank, Emmel, Lehmann, Böhle, Kengsbach, Brühne und Severing.

# Die Parteiverhältnisse im neuen Reichstage.

Nach den nun vorliegenden Wahlergebnissen ergeben sich folgende Fraktionsstärken: Es erhielten

Mandate	1907	1903	Gewinn +	Verlust -
Sozialdemokratie	43	81	- 38	
Konservative	60	52	+ 8	
Reichspartei	22	22		
Antifemiten	27	21	+ 6	
Nationalliberale	56	51	+ 5	
Zentrum	108	104	+ 4	
Freisinnige Vereinigung	16	10	+ 6	
Freisinnige Volkspartei	27	20	+ 7	
Deutsche Volkspartei	6	6		
Polen	20	16	+ 4	
Verschiedene Parteien	12	16	- 4	

Gegen die Zahl von 1903 hat sich das Verhältnis zugunsten der Rechten verschoben.

Es wurden gewählt:

	1903	1907
Konservative, Antifemiten und Reichsparteiler	85	109
Nationalliberale	51	56
Zentrum, Elsäßer	113	115
Polen	18	20
Sozialdemokraten	81	43
Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volksp. und Deutsche Volkspartei	36	49
Bei keiner Partei	5	5

Das Resultat der Wahl bedeutet demnach eine nicht unerhebliche Schwächung der Linken, selbst wenn man annimmt, daß von den „Freisinnigen“ nicht allzu viele sich mehr konservativ als freisinnig fühlen und jeden reaktionären Vorstoß mitmachen werden.

## Stichwahlresultate.

(Nachträge und Ergänzungen.)

Kassel-Vielungen. Gewählt: Latmann (Ant.) mit 21 545 St. gegen Hüttmann (Soz.) 18 051 St.
Altona-Herlesau. Gewählt: Müller (Frf. Vp.) mit 20 428 St. gegen Haberland (Soz.) 16 148 St.
Dithmarschen. Nord (natl.) 17 609 St., Müller (Soz.) 12 000 St. (Zweitresultat)

Jauch-Belzig. Gewählt: v. Derjen (Rp.) 19 631 St. gegen Ewald (Soz.) 11 705 St.
Danzig (Land). Gewählt: Dörksen (Rp.) mit 8 772 St. gegen Mey (Z.) 6 859 St.
Brandenburg-Stendal. Gewählt: Sieg (natl.) 14 554 St. gegen Kadziewski (Pole) 13 551 St.
Schlössen-Platow. Gewählt: Wilkens (lonf.) mit 14 476 St. gegen Konierowski (Pole). 7 277 St.
Oberbarnim. Gewählt: Pauli (Rp.) 10 418 St. Bruhns (Soz.) 7 948 St.
Nieder-Märkische-Bollin. Gewählt: Dellbrück (Frf.) gegen Voelkendorf (freilons.).
Rügen-Stralsund. Gewählt: Dr. Stengel (Frf. Vp.) 12 365 St. gegen v. Rippenhausen (L.) 9 545 St.
Greifswald-Grimsen. Gewählt: Gothein (Frf.) gegen Kewoldt (Rp.).
Groß-Strehlitz. Gewählt: Glowatzki (Z.) 11 500 St. gegen Zielowski (Pole) 8 900 St.
Lublinitz-Gleiwitz. Gewählt: Jankowski (Pole) mit 14 197 St. gegen Chrząszcz (Z.) 12 838 St.
Sagan-Sprottau. Gewählt: Polko (lonf.) mit 8 087 St. gegen Endemann (Frf. Vp.) 7 008 St.
Glogau. Gewählt: Hoffmeister (Frf. Vg.) mit 6 200 St. gegen Luehl (lonf.) 4 900 St.
Bunzlau-Lieben. Gewählt: Doornmann (Frf. Vp.) mit 6 084 St. gegen Frege (Rp.) 7 008 St.
Löwenberg. Gewählt: Stopich (Frf. Vp.) mit 5 094 St. gegen Schaeffer (lonf.) 5 036 St.
Landeshut-Jauer. Gewählt: Dr. Hermes (Frf. Vp.) mit 9 266 St. gegen Löffel (Rp.) 5 717 St.
Schönan-Hirschberg. Gewählt: Altsch (Frf. Vp.) mit 13 351 St. gegen Albert (Soz.) 5 346 St.
Görlitz-Landau. Gewählt: Mugdan (Frf. Vp.) 24 817 St. gegen Müller (Soz.) 16 128 St.
Jerichow. Gewählt: Bhern (lonf.) 12 868 St. gegen Merzen (Frf. Vp.) 11 672 St.
Schweinitz-Wittenberg. Gewählt: Dobe (Frf. Vg.) 10 172 St. gegen Edhardt (lonf.) 9 828 St.
Mühlhausen-Langensalza. Gewählt: Eichhoff (Frf. Vp.) 14 111 St. gegen Jedity (Rp.) 11 120 St.
Schleswig-Holstein. Gewählt: Speckmann (Frf. Vp.) mit 1 000 St. Majorität gegen Mattner (natl.).
Tondern-Danum. Gewählt: Leonhart (Frf. Vp.) mit 8 846 St. gegen Feddersen (natl.) 8 035 St.
Oldenburg-Flämn. Gewählt: Dr. Strube (Frf. Vg.) mit 9 084 St. gegen Wefelmann (Rp.) 9 022 St.
Hildesheim. Gewählt: Feldmann (V. d. L.) mit 15 795 St. gegen Campe (natl.) 14 009 St.
Ottendorf-Rhenanus. Gewählt: Dr. Hahn (V. d. L.) 17 074 St. gegen Haberkamp (Soz.) 13 923 St.
Wiesbaden-Oberlahn. Gewählt: Brühne (Soz.) 18 355 St. gegen Tischert (Z.) 15 141 St.
Ober- und Unterlahnkreis. Gewählt: Buchsiefel (natl.) 13 553 St. gegen Cahendy (Z.) 10 385 St.
Hersfeld-Rotenburg. Gewählt: Berner (Ant.) mit 7 000 Stimmen Majorität gegen Müller (Z.)
Werkar-Altenkirchen. Gewählt: Behrens (Chr.-Soz.) mit 15 319 St. gegen Krämer (natl.) 11 020 St.
Flaumen. Gewählt: Günther (Frf. Vp.) mit 24 492 St. gegen Gerisch (Soz.) 15 496 St.
Billingen-Donauerschingen. Gewählt: Duffner (Z.) mit 12 465 St. gegen Weishaar (natl.) 11 012 St.
Freiburg-Waldkirch. Gewählt: Hauser (Z.) mit 15 589 St. gegen Oberkrämer (natl.) 12 566 St.
Gießen. Köhler (Antif.) mit 10 939 St. gegen Hehligenstedt (nat.) 10 339 St.
Kisfeld-Lauterbach. Gewählt: Bindelwald (Antif.) mit 8 683 St. gegen Wallau (natl.) 7 772 St.
Bensheim-Erbach. Haas (natl.) mit 10 358 St. gegen Rippel (Chr.-Soz.) 6 528 St.
Oldenburg I. Gewählt: Ahlhorn (Frf. Vp.) mit 15 628 St. gegen Stelling (Soz.) 7 821 St.
Sachsen-Altenburg. Gewählt: Schmidt (Rp.) mit 22 218 St. gegen Budwald (Soz.) 19 415 St.
Waldeck. Gewählt: Rothhoff (Frf. Vg.) mit 5 981 St. gegen v. Nichtshofen (Ant.) 5 517 St.
Strasbourg-Land. Gewählt: Dr. Will (Z.) 10 262 St. gegen Dr. Blumenthal (D. Vp.) 9 268 St.
Freiburg-Badgingen. Gewählt: Oriola (natl.) 11 820 St. gegen Busold (Soz.) 8 312 St.
Harburg-Burgelunde. Gewählt: Varenhorst (Rp.) 19 700 St. gegen Baerer (Soz.) 15 000 St.
Eisenach. Gewählt: Schach (Ant.) mit 9 764 St. gegen Leber (Soz.) 9 486 St.
Potsdam-Niesseland. Gewählt: Pauli (lonf.) mit 21 094 St. gegen Dr. Viehwech (Soz.) 18 567 St.
Roers-Nees. Gewählt: Frigen (Z.) mit 18 958 St. gegen Vorster (L.) 15 592 St.
Lennepe-Wettmann. Gewählt: Eichhoff (Frf. Vp.) mit 28 651 St. gegen Reiff (Soz.) 23 014 St.
Lippe-Deimold. Gewählt: Neumann-Göser (Frf.) mit 15 712 St. gegen Kleindorf (L.) 10 180 St.
München II. Gewählt: v. Vollmar (Soz.) mit 50 525 St. gegen Kohl (natl.) 28 267 St.
Ostpreuss-Stenbal. Gewählt ist Fuhrmann (natl.) mit 13 488 St. gegen Himmig (L.) 9 233 St.
Hagenow-Grewensmühlen. Gewählt (am 2. Febr.): Graf Bothmer (lib.) mit 11 543 St. gegen Reulich (L.) 6 800 St.
Kosel. Gewählt (am 2. Febr.): Lini (natl.) mit 15 325 St. gegen Herzfeld (Soz.) 13 444 St.
Remel-Heuberg. Gewählt (am 2. Februar): Schwabach (natl.) mit 11 403 St. gegen Krause (lonf.) 6 431 St.
Randow-Grödenhagen. Gewählt (am 2. Februar): Ffche. v. Stein-äder (lonf.) mit 22 487 St. gegen Kösten (Soz.) 18 031 St.
Parchim-Ludwigslust. Gewählt (am 2. Februar): Pachnide (Frf. Vg.) mit 10 315 St. gegen Dade (lonf.) 8 062 St.
Wärow. Gewählt (am 2. Februar): v. Treuenfels (lonf.) mit 10 771 St. gegen Knappe (Soz.) 5 565 St.
Medlenburg-Strelitz. Gewählt (am 2. Februar): Raud (Hospitalant der Reichspartei) mit 12 304 St. gegen Lütz (Soz.) 6 008 St.
Holzminde, Sandersheim. Gewählt (am 2. Februar): v. Daum (Wirtsh. Vg.) mit 12 959 St. gegen Calver (Soz.) 10 230 St.

Posen, 6. Februar. Abgeordneter von Czajkowski hat das Reichstagsmandat für Breichen-Bleichen-Jaroschkin abgelehnt. Die Neuwahl findet am 13. d. Mts. statt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Februar 1907.

### Demonstrationsfreiheit!

Eine Erregungsschicht hat uns wenn nicht der Wahltag, so doch die Wahlnacht des 5. Februar gebracht. Auch in Berlin, sogar unter den Linden, darf endlich das Volk demonstrieren, darf es seine politische Ueberzeugung laut und deutlich den Mächtigen des Staates entgegenrufen. Gestern nacht haben Demonstranten vor dem Reichskanzlerpalais und dem kaiserlichen Schloß stürmisch und energisch ihrer politischen Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Welcher Art diese Ueberzeugung war, ist völlig gleichgültig. Nicht was auf der Straße gerufen wird, sondern daß auf der Straße gerufen wird, macht das Wesen der politischen Demonstration aus. Das Wichtigste und Bedeutungsvolle aber ist, daß Fürst Bülow sich selbst an der Demonstration aktiv beteiligt hat, indem er an die Demonstranten eine Ansprache hielt und —

noch mehr, den Demonstranten sogar seinen Dank aussprach. Vor dem Gesetze aber sind nach der Verfassung alle Bürger gleich. Was Bülow recht ist, ist — sagen wir — Weibel billig. Ebenso wie das Ziel einer Demonstration das Reichskanzlerpalais und ihr Abschluß eine Rede Bülows sein kann, ebenso kann ein anderes Ziel das Ziel der demonstrierenden Volksmenge, die allerdings dann etwas zahlreicher sein dürfte, das Bureau des Parteivorstandes und der Abschluß die Rede eines Sozialdemokraten sein. Die Polizei hat durch ihr gestriges anerkennendwertes und vernünftiges Verhalten, das die Demonstranten frei gewähren ließ, deutlich zu erkennen gegeben, wie sie endlich begriffen hat, daß in unserer Zeit der politischen Teilnahme des ganzen Volkes an der Politik die politische Straßendemonstration ein natürliches und notwendiges Ausdrucksmittel politischer Betätigung ist.

Die letzten Bedenken ultrakonservativer oder überängstlicher Leute, die in dem Verhalten Bülows vielleicht einen Fehler erblickten, müssen aber vollends zerstreut werden, wenn sie hören, daß auch der Kaiser und König den Demonstranten ausdrücklich dankte und an sie eine längere und offenbar durch die Demonstrationssituation, die ja auf sein eindrucksfähiges Gemüt und lebhaftes Temperament starken Eindruck machen mußte, freudig bewegte Ansprache hielt. Damit ist auch von dieser Stelle aus die Demonstration sanktioniert, und es kann keinem übereifrigen, angstgeplagten Polizeistatthalter mehr einfallen, etwa gerade mit Rücksicht auf diese Stelle Demonstrationen untersagen oder verhindern zu wollen.

Es besteht daher kein Zweifel daran, daß politischen Demonstrationen von heute ab von den Behörden kein Hindernis mehr bereitet werden kann, wenn sie sich nicht in Widerspruch zu dem obersten Beamten des Reiches und zur höchsten Stelle setzen wollen. Es ist das so gewiß, als es gewiß ist, daß in Preußen-Deutschland nur einerlei Recht herrscht für jedermann.

Wir wissen noch nicht, ob und wann die Arbeiterschaft von dem Recht auf Demonstration, von dem Recht auf die Straße wird Gebrauch machen wollen. Wir wissen nur, daß nach den Straßendemonstrationen vom 5. Februar und 25. Januar die Behörden ihnen keine gesetzlichen Hindernisse mehr bereiten können — wenn sie nicht die Verfassung verletzen wollen. —

### Was nun?

Die Stichwahlkämpfe ist vorüber und die Stärke der einzelnen Fraktionen des neuen Reichstages läßt sich genau berechnen. Zwei Parteien sind sehr mit dem Wahlausfall zufrieden: das Zentrum und die Agrarkonservativen. Beide mit Recht. Für die Herren Agrarier stehen die Chancen, im neuen Reichstage ihre Herzenswünsche durchzusetzen, fast noch günstiger als für das Zentrum. Der Reichstag wird, das steht heute schon fest, in den nächsten Tagen auf der Bahn der agrarischen „Heimatspolitik“ mit Ausdauer fortzuschreiten. Frohlockend schreibt denn auch das Hauptblatt der Landwirts, die „Deutsche Tageszeitung“:

„Das Ziel, das der Reichskanzler mit der Auflösung zugestandenem verfolgt, hat er in einer seinen Wünschen entsprechenden Weise erreicht. Er hat die beiden Mehrheiten, die er wünschte, zu, er konnte auch, wie wir früher darlegten, eine dritte Mehrheit bilden, die aber kaum in nächster Zeit in Aktion treten dürfte. Die Minderheit vom 13. Dezember 1906 ist zu einer, wenn auch knappen, so doch immerhin sicheren Mehrheit geworden. Wenn man von den gewählten Abgeordneten absteht, über deren Fraktionszugehörigkeit noch nicht völlige Klarheit herrscht oder die fraktionslos bleiben wollen, so würde der Reichskanzler im neuen Reichstage für die Forderung, die zur Auflösung des Reichstages führte, eine geschlossene Mehrheit von mindestens 214 Stimmen haben. Weit größer ist die wirtschaftliche Mehrheit, die auf dem Boden der neu abgeschlossenen Handelsverträge steht. Das Zentrum und die Rechte werden zusammen mindestens 216 Sitze inne haben. Da die überwiegende Mehrheit der nationalliberalen Partei auch auf dem Boden der Handelsverträge steht, ist die wirtschaftliche Mehrheit, die des Kanzlers bisherige Politik fortzuführen gewillt ist, noch erheblich größer.“

Das Bündelstück rechnet also ganz bestimmt mit dem Zusammenkommen einer aus Zentrum und Konservativen bestehenden neuen „wirtschaftlichen Mehrheit“, nachdem die „nationale Mehrheit“ ihre Schuldigkeit getan und die von der Regierung gestellten Kolonial- und Flottenforderungen bewilligt hat. Und da auch das Zentrum bereits durch die „Germania“, wenn auch mit der bekannten Reserve, erklären läßt, daß es unter gewissen Bedingungen zur Koalition bereit ist, wird sich die schöne agrarische Allianz schon machen. Die „Germania“ meint nämlich in ihrer letzten Nummer:

„Eine sichere Mehrheit kann dagegen nunmehr dank freundlicher liberaler Hilfe durch Zentrum und Rechte gebildet werden, was bisher nicht der Fall war. Das Zentrum mit seinen 110, und die Rechte nebst Zubehör mit ebenfalls über 100 Stimmen sind der Zahl nach sogar stärker als die papierne konservativ-liberale Mehrheit. Eins aus ihnen gebildete Mehrheit würde ganz besonders aber innerlich einheitlicher und geschlossener sein als das konservativ-freikonservativ-nationalliberal-freisinnig-demokratische Konglomerat, das schon von Natur aus auseinanderstrebt, statt den Zusammenstoß zu suchen. Das Zentrum ist eine von Natur aus konservative Partei, allerdings nicht konservativ im Sinne des ostpreussischen Konservatismus, denn es ist zugleich eine freiheitlich gesinnte Volkspartei. Es ist eigentlich die geborene Mittelpartei und Regierungspartei im guten Sinne, die Partei, die in sich alle Gegensätze ausgleicht und dem Gesamtinteresse unterordnet, wie es auch das Bestreben jeder pflichtbewußten Regierung sein muß. Wir wollen uns, indem wir dies feststellen, beileibe nicht etwa der Regierung anbieten. Im Gegenteil, wir müssen immer wieder betonen, daß das Zentrum jetzt weniger als je geeignet und willens ist, eine Regierungspartei zu werden, wie der Reichskanzler sie sich wünscht, eine Partei, die einfach zu allem Ja sagt. Fürst Bülow hat sich bitter über den Abbruch, den ihm das egoistische Zentrum bereite, beklagt, und es wird sich ihm nach dem Austritt, den er ihm erteilt hat, ganz gewiß nicht aufdrängen. Wir sagen nur, daß die natürliche Entwicklung der Dinge jetzt zu einer „konservativ-meritalen“ Mehrheit führen müßte, wissen aber recht wohl, was dem bei der Regierung wie bei den Parteien entgegensteht.“

Die Liberalen werden sich heute wohl selbst sagen, daß sie eine solche Mehrheit nicht verhindern könnten. Wenn sie das Wahlergebnis unbefangenen prüfen, werden sie gestehen müssen, daß sie trotz eines kleinen Mandatszuwachses eine schwere Niederlage erlitten haben. ... Was können sie jetzt ausrichten, wenn sie der Regierung Opposition machen wollen? Mit den Sozialdemokraten können sie eine Minderheit von noch nicht 150 Mann bilden. Was hat die Regierung danach zu fragen? Wenn das Zentrum nicht will, können die Liberalen gar nichts ihnen Unangenehmes verhindern. Wohl aber kann es mit Linkenliberalen, Sozialdemokraten und Polen eine starke Mehrheit bilden.“

Allerdings kommt auch bei dieser „Partung“ des Konservativen mit dem Meritalen Geiste die Regierung in Betracht. Doch sie wird sich fügen — und wahrscheinlich sogar recht gern fügen. Kennzeichnend ist, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrem Artikel über den „neuen Reichstag“ kein Wort davon erwähnt, daß die Regierung sich mit der sogenannten konservativ-liberalen Mehrheit zu begnügen gedankt; sie drückt nur ihre Freude darüber aus,

„Ich künftighin in „nationalen Fragen“ das Zentrum nicht mehr entscheiden wird.“

„Eine unübertragbare nationale Mehrheit zieht also in den neuen Reichstag ein; eine nationale Mehrheit, die von der Stimmung der größten Partei im Hause, dem Zentrum, unabhängig ist. Das Zentrum wird künftighin nicht mehr in der Lage sein, mit Hilfe der stets negierenden Parteien der Sozialdemokraten und Polen eine Mehrheit zu bilden, es hat künftighin in nationalen Fragen nicht mehr wie bis jetzt die Wahl zwischen Gewähren und Ver sagen. Wer diese seine bisherige Machtstellung als schädlich empfunden hat, der darf heute befecht aufstehen. Das Zentrum leidet zwar sogar um einige Sitze vergrößert in den Reichstag zurück, aber es steht zurück in einen anderen, in einen national erneuerten Reichstag.“

### Die „geheimen“ Wahl in Ostpreußen.

Aus Königsberg wird und geschrieben: Schon bei der Hauptwahl 1903 haben wir in einzelnen ostpreussischen Wahlkreisen eine Menge ungesetzlicher Handlungen fest gestellt und in die Öffentlichkeit gebracht, die die geheime Wahl vollständig aufgehoben und ins Gegenteil verkehrten. Wir legten damals gegen die auf Grund solcher Wahlverfahren zustande gekommene Wahl des konservativen Reichstagsabgeordneten Dr. Hoffmann im Labiau-Westlauer Wahlkreis Protest ein, mit dem Erfolg, daß die verfassungsmäßige Wahlprüfungskommission, die doch durchaus nicht als liberal zu bezeichnen war, die Wahl beanstandete. Der Reichstag beschloß, über eine Anzahl Protestgründe Erhebungen anzustellen. Und es wurde dann durch eidleuge Zeugenaussagen fest gestellt, daß die Wahlurteile in offenen, unbedeckten Gefäßen sorgfältig aufeinander geschichtet wurden, so daß man mit Hilfe einer Nebenliste bei der Stimmezählung genau feststellen konnte, welchen Kandidaten jeder Wähler gewählt hatte. Dieses schmutzige, uneheliche Wahlmanöver hat auch damals in ehrlichen bürgerlichen Kreisen Enttäuschung hervorgerufen. Freilich für ungültig hatte der Reichstag diese mit 19 Stimmen Majorität zustande gekommene Wahl bis zu seiner Auflösung noch nicht erklärt. Optimisten konnten aber immerhin glauben, daß die Aufdeckung dieser Praktiken und die Befreiung der Wahl die Herren Junker diesmal etwas vorzichtiger machen würden. Aber weit gefehlt. Die konservativen Wahlmacher sind sich ihrer Unantastbarkeit viel zu sicher, als daß sie auf die Wahlmängel verzichten sollten.

Nicht abgeschreckt, sondern geradezu zur Nachahmung ermuntert wurden die Wahlrechtsräuber durch unsere Veröffentlichung und die Schandenpraxis der Wahlprüfungskommission. Auch der sehr gut gemeinte offene Brief des Professors Siegfried aus Königsberg an den Reichstagskanzler hat darin nichts geändert. Es wäre jeder Gemeinde ein leichtes gewesen, die in diesem Brief empfohlenen, ganz gewöhnlichen Holzkästen als Wahlurnen anzuschaffen, worin die Wahlurteile durchsichtig durch einander fallen. Auch einige ostpreussische Landräte hatten, freilich erst ein paar Tage vor der Wahl, in einer Verfügung die Wahlvorsteher ermahnt, zweckmäßige Wahlurnen, die das Durcheinanderfallen der Akten ermöglichen, in Gebrauch zu nehmen.

Alles vergebens. Die konservativen Wahlmacher haben bei dieser letzten für sie so erfolgreich ausgefallenen Wahl mehr wie bisher das geheime Wahlrecht mit Füßen getreten. Mit ausgesuchtem Raffinement sind in vielen ostpreussischen ländlichen Wahlbezirken Gefäße zu Wahlurnen verwendet worden, die ein sorgfältiges Aufeinanderlegen der Wahlurteile geradezu erforderten. Ganz ungeniert führte dann entweder ein Beisitzer des Wahlvorstandes oder ein konservativer Agitator die Wähler der Reihe nach in eine Liste, so daß nach Schluß der Wahl beim Auszählen der Stimmen und Öffnen der Akten sofort jeder, der es wissen wollte, erfuhr, wen der einzelne Wähler gewählt hatte.

Viele Hunderte, ja Tausende abhängiger Wähler auf dem Lande trübten beim Anblick der offenen Suppensüßelchen, Gutzschachteln, Papptüten und Zigarettensünden, was die Glode geschlagen hatte. Entweder wählten sie gar nicht oder sie ließen nun ihren bereitgehaltenen sozialdemokratischen Stimmzettel in der Tasche verschwinden und gaben den ihnen sogar im Wahllokale förmlich aufgedrängten konservativen Zettel ab.

Schon bei der Wahlagitator auf dem Lande haben unseren Flugblattverbreitern die Anhänger unserer Partei gesagt: „Es nützt ja nichts, wenn wir auch wirklich den sozialdemokratischen Kandidaten wählen. Entweder sind unsere Stimmzettel beim Auszählen nicht da oder die Herren wissen, wie wir gewählt haben, und wir werden gemahregelt.“ Die Flugblattverteiler haben den Leuten Mut zu machen gesucht und haben ihnen gesagt, daß die konservativen diesmal solche plumpe Wahlmängel doch nicht wieder wagen könnten, nachdem sie öffentlich des öfteren scharf gebrandmarkt worden seien. Und nun ist es noch schlimmer geworden! Aus hunderten Wahlorten der Provinz haben wir Mitteilungen erhalten, daß das geheime Wahlrecht auf die von uns geschilderte Art aufgehoben war. „Wir wählen jetzt überhaupt nicht mehr“ ist der Schluß vieler solcher Mitteilungen. Es sind die Anhänger unserer Partei, die den gemeinen Lügen und Verleumdungen der Brotwucherersippe, gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer Stand gehalten haben. Sie wurden aber in letzter Stunde durch die Aufhebung der geheimen Wahl daran gehindert, nach ihrer Uebereinstimmung zu wählen.

Können nun noch ehrliche Politiker auf den Stimmenzuwachs der reaktionären Parteien und den der Sozialdemokratie in Ostpreußen durch Wahlrechtsraub erwachsenen Stimmenverlust stolz sein? Sie müßten sich schämen, befänden sie auch nur noch eine Spur von wirklichem Ehrgefühl, die ostpreussischen Junker! —

### Deutsches Reich.

#### Bürgerliche Selbstentmannung.

Aus Dresden wird gemeldet:

Der König von Sachsen hat heute vormittag an den Oberbürgermeister folgendes Telegramm gerichtet:

Meine Freude und mein Stolz über meine lieben Dresdener ist groß. Größer noch mein Dank für die patriotische Aufopferung vieler ausgezeichneten Männer. Es ist ein Vergnügen, jetzt zu leben. geiz. Friedrich August.

Daraufhin hat Oberbürgermeister Beutler im Namen des Rats folgendes Telegramm an den König gerichtet:

Eurer Königl. Majestät wollen vom Rat der Haupt- und Residenzstadt den Ausdruck der größten Freude und Bemühtung über das Ergebnis der gestrigen Reichstagswahlen in Sachsen und in unserer Stadt und die alleruntertänigsten Glückwünsche hierzu sowie den herzlichsten Dank für die gnädige Depesche an den Oberbürgermeister allergnädigst entgegennehmen. Eurer Königl. Majestät bringt der Rat im Namen der gesamten Bürgerchaft begeisterte Guldigung dar.

Der Oberbürgermeister. gez. Beutler.

Außerdem hat der Oberbürgermeister folgendes Telegramm an Seine Majestät den Kaiser gerichtet:

Nachdem es in der gestrigen Stichwahl gelungen ist, für einen Teil unserer Stadt einen auf dem Boden der Verfassung

stehenden Abgeordneten zu wählen. Bringt der Rat der Haupt- und Residenzstadt Dresden Eurer Königl. Majestät begeisterte Guldigung dar.

Das Telegramm des sächsischen Königs bedarf keines Kommentars!

Geradezu sonderbar sind aber die Telegramme des Dresdener Oberbürgermeisters. Er huldigt im Namen der gesamten Bürgerchaft? Er erachtet also das sächsische Proletariat nicht als Bürger! Die Arbeiterklasse steht hier, wie sie von der Bourgeoisie und ihren Organen eingestrichelt wird!

Des Weiteren schließt er das deutsche Proletariat von der Verfassung aus, macht es vogelfrei! Es will ja die Verfassung organisieren und ausbauen, den Bedürfnissen des Volkes anpassen. Die sächsische Bourgeoisie hat ja ebenfalls die Verfassung geändert, sich außerhalb der Verfassung gestellt, indem sie schmachvollsten Wahlrechtsraub verübte! Aber das ist sicherlich ganz etwas anderes! Pfui! über solch bürgerliche Selbstentmannung! —

#### Wer wird Reichstagspräsident?

Die „Frankf. Zig.“ beschäftigt sich mit der Frage, welche Partei im neuen Reichstag den Präsidenten stellen wird. „Es ist nicht anzunehmen“, meint sie, „daß ein konservativer erster Präsident wird, was nur geschehen könnte, wenn die gesamte Rechte und die bürgerliche Linke zusammenträte, um das Zentrum auszuschließen. Das Zentrum ist auf jeden Fall im Reichstage wieder die stärkste Partei. Es hat dabei nach alten Grundbänden einen Anspruch auf die Stelle des Präsidenten und wir glauben nicht, daß die Verstimmungen des Wahlkampfes so lange nachwirken werden, daß man auf der Rechten und der Linken nach dem schlechten Muster der Kulturkampfzeit dem Zentrum diesen Anspruch verweigert. Es wäre das trübsalreich, denn es ließe das Zentrum in eine Mächtigstellung bringen. Es wäre außerdem sehr schwer durchzuführen, denn es heißt die Uebereinstimmung zwischen links und rechts überschätzen, wenn man glaubt, daß sie sich bei der Präsidentenwahl kundgeben würde.“

Die „Allg. Volksg.“ erregnet darauf:

„Umgekehrt würde auch das Zentrum sich ganz gewiß nicht in eine „Mächtigstellung“ versetzt fühlen, wenn man ihm die Stelle des ersten Reichstagspräsidenten nicht einräumen wollte — das gehört zu den sehr erträglichsten Dingen.“

Das ultramontane Blatt hat recht. Ob mit oder ohne Präsidentensitz, die erste Geige wird das Zentrum im Reichstage in jedem Fall spielen. —

#### Oben und Unten.

In Hamburg sollen demnächst die Beamtengehälter reguliert werden. Zu diesem Zwecke wurde eine aus Senats- und Parlamentsmitgliedern bestehende Kommission eingesetzt, die beziehungsweise ihren Bericht einen Tag nach der Wahl zum Landparlament veröffentlicht hat. Und sie hatte auch Ursache dazu, denn die in Kürze zur parlamentarischen Beratung gelangende Vorlage hat allgemeine Entrüstung in den unteren Beamtenkategorien entfacht. „Oben mit Schefkeln, unten mit Löffeln“, nach diesem Rezept wird auch in der Republik Hammonia bei Gehaltsregulierungen verfahren. Das Anfangsgehalt eines Amts- oder Landrichters oder Staatsanwalts soll von 5000 auf 8000 Mark erhöht werden, während die Gerichtsdienerei um 50 Mark „aufgehoben“ werden sollen. So ungefähr sieht es auch in den übrigen Kategorien aus. Damit glaubt die Kommission den Unzufriedenheitsbazillen ausgerotet zu haben! Am Montagabend fand eine von 4000 Beamten besuchte Protestversammlung statt, in der erklärt wurde, daß man diese Zulage nur als Teuerungszulage ansehen könne. Die Gehaltszulage müsse erst kommen. —

#### Ein Staatsmann.

Herr Konrad Haugmann, der Führer der Süddeutschen Volkspartei, ist gestern in Walingen-Rottweil gewählt worden, da entgegen der von der sozialdemokratischen Parteileitung des Kreises ausgegebenen Stichwahlparole der größere Teil der Genossen in der Stichwahl für ihn gestimmt hat. Von manchen Parteigenossen im Kreise, welche die württembergischen Parteiverhältnisse nicht näher kennen, ist bedauert worden, daß unsere Genossen sich nicht nach der Hauptwahl sofort für Haugmann entschieden haben. Jndes ist die Verstimung gegen Haugmann nur allzu erklärlich, da dieser sich in der letzten Zeit höchst eigenartig „staatsmännisch“ entwickelt hat. Einen neuen Beweis dafür liefert ein von ihm in der Münchner Halbmonatschrift „März“ veröffentlichter, gleich nach der Hauptwahl geschriebener Artikel, in welchem er sich als großer Staatsmann von oben herab folgende Kapuzinerpredigt über die Sozialdemokratie leistet:

„Die Sozialdemokratie hatte bei der Bürgerchaft mancherlei auf dem politischen und mehr noch auf dem persönlichen Kerbholz. Seit Jahren drückt die Sozialdemokratie dem gesamten Bürgertum nicht bloß seine Abneigung, sondern seine Verachtung aus. In den Wahlkreisen, die sie erobert hatte, benahm sich die Sozialdemokratie in all den verlockenden Formen des Emporkömmlings; sie schlug auf ihre Wahlfahnen, wie der Protag auf die Geldtasje. Dazu die Organe politischer Leidenschaft aus den eigenen Parteitagungen und in der Presse, die den Kapuzinerorden der Zentrums- und Sozialdemokratie zu erreichen sich siegreich anstrebte und die „Kuppigkeit“ zu einem Verdienst erhob. Im Parlament endlose Weltanschauungsreden, und Mut und Heiserkeit, 80 Sitze und keine fühlbare Mitarbeit. Die Sozialdemokratie, geistig auf die agitatorische Propaganda geschult, erlag dem Problem. Wärme in Kraft, Begeisterung in Fruchtbarkeit umzugehen. Behenden Haupthaars erdroffelte sie, wie Mecha ihre Kinder, ihre eigenen Revisionisten, weil sie deren Vater, den bürgerlichen Geist haßte. Mit Bessimismus und dem Aberglauben, es gehe alles rückwärts, trankte sie breite Schichten, sie gewöhnliche Tausenden das Vagen ab und das Hohnlachen an. Sie rief parteimäßig in Dresden: „Mehr Wist und Gasse“, in Hamburg: Die bürgerlichen Parteien müßten zerrieben werden“, und am 24. Januar in Berlin: „Der 25. sei das Volkgericht.“

Gerade Herr Haugmann würde in Anbetracht seiner Erfolge und Leistungen eine größere Dosis Bescheidenheit zuträglich sein. —

#### Börsenpatrioten.

Die Börse ist in begeisterten Stimmung über den Ausfall der Reichstagswahl. Sehr begreiflich, denn von den neuen Reichstagsmitgliedern, welche die geplanten Kolonialbahn- und Flottenbauten, sowie die Flughafenbauung der Sandwästen kosten werden, wird ein beträchtlicher Teil den am Börsenhandel beteiligten Geschäftskreisen zustehen. In ihrer Begeisterung für die „nationale Ehre“ begrüßten deshalb die Börsenspekulanten heute „ihren“ Kampf mit säuerlichen Hohnrufen. Leider nur verriet die „Ovation“ allzu deutlich die künstliche Natur — und tatsächlich hat dem auch bei der „Ovation“ der Börsenvorstand seine Hand im Spiel. Nachdem Herr Kaempf als Vertreter der nationalen Börsenmänner genug angehört worden war, wurde ein langjähriger Börsenbesucher, dessen sozialdemokratische Gesinnung bekannt ist, durch eine Verhöhnung beehrt. Damit endete die vaterländische Begeisterung der Börsenpatrioten. —

Demnächstentgegen. Als Wahlklärer für die „Nationalen“ haben am 25. Januar und an den Stichwahlen nicht nur Studenten, sondern auch Gymnasialisten gedient. Angefichts dieses Mißbrauchs von Schülern zu politischen Zwecken macht sich besonders nobel ein wäutes Demnächstentgegen in den Ständerblättern, der „Deutschen Tageszeitung“ und ähnlichen

angenehmen Organen wider russische Studenten zu Dresden und Leipzig, die bei den sächsischen Stichwahlen der Sozialdemokratie Bahnhilfe geleistet haben sollen. „Ausweisung, Religiatio!“ heißen die tapferen Zeutischen, die in den genannten Blättern germanisches Christentum schreiben! Wir hängen's niedriger. —

#### Bürgerliche Wahlfäulen.

Durch die bürgerliche Presse macht zurzeit eine Reihe von Schauererzählungen die Kunde, die „sozialdemokratischen Terroristen“ bei den Wahlen grauslich schibern. Eine besonders düstige Blüte dieses Lügenbuletts entstammt der „freisinnigen“ Bremer „Weser-Zeitung“ und sieht so aus:

Von einem Krämmer erzählt man, daß er die Jnanutung der Erpressungsdeputation, 75 M. zur Parkpresse zu zahlen, zurückgewiesen habe, gleich darauf jedoch geängstigt durch seine weinende Frau hinter ihr herläuft und seine Weigerung zurücknimmt, das Geld freilich könne er erst am anderen Tage zahlen, da er es von seinen Erparnissen an der Sparkasse holen müsse.

Venerkenswert ist an dieser schamigen Erfindung die Aufmachung, durch die das bürgerliche Lügengeföhnl die sofortige Enthüllung der Verleumdung verhindern will. „Von einem Krämmer“ erzählt „man“! Nun stelle einer fest, daß „man“ gelogen hat und daß es den „einen Krämmer“ nicht gibt! Eine saubere Gegnerschaft, mit der wir zu kämpfen haben! —

#### Das Nutzungsdrecht an Naturschönen.

Vater Staat ist ein sorgfamer Hausvater. Erzi hat er dem Privatkapital die Erbschätze, fast ohne Gegenleistung zu verlangen, zur Ausbeute überlassen. Jetzt aber soll die Freiheit eingegrenzt werden. Das Privatkapital, speziell im Kaliberbau, wünscht eine Begrenzung der Konkurrenzmöglichkeiten. Allerdings viel zu holen ist nicht mehr. Man war darauf vorbereitet, daß ein Gesetz kommen würde und es ist gut dargebeitet worden. Das Privatkapital hat sich die ergiebigsten Salz- und Kalklager gesichert. Vater Staat als Hüter des Privatkapitals sorgt nun dafür, daß den Kindern der Profit gesichert bleibt. Dem Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der unter Verwendung des Berggesetzes vom 21. Juni 1865 das Recht der Ausfindung und Gewinnung von Stein Salz, Kalk usw. dem Staate vorbehalten. In der Begründung ist die Rede von der Aufgabe des Staates, die Interessen der Gesamtheit gegenüber der Ausbeutung einiger Kapitalisten zu schützen, in Wahrheit spielt der Staat aber doch nur den Nachwächter des Privatkapitals.

### Ausland.

#### Belgien.

##### Der Acht Hundentag in der Kammer.

Brüssel, 3. Februar. (Fig. Ver.)

Wie der steinerne Gast vor dem übermütigen Don Juan, so erliegen gestern in der belgischen Kammer die soziale Frage auf der Vordränge. Die Leute der Konzeptionen war verteilt und dem Hause genehmigt, als sich mitten in die Beratung über das neue Berggesetz die Amendements für den Schutz der Arbeiterinteressen schoben! Alle Arbeiterseinde — und die Regierung oben — waren der Meinung, daß alle diese Fragen „gründlich“, vor allem aber später zu beraten seien. ... Und nichts lag näher als der Antrag des christlichen Staatsministers Wicte: die Amendements für die Arbeiterinteressen samt der Forderung des Acht und neun Tages für die Bergarbeiter an eine Spezialkommission zum „gründlichen Studium“, das heißt Vegräbnis, zu überweisen. Der Liberale Hymons, der Wortführer des kapitalistisch-doktrinären Flügels der liberalen Partei, die in allen sozialen Fragen stets die bornierteste Mächtigsteit bewies, kam der Regierung und der kapitalistischen Clique auf der Rechten wie auf der Linken zu Hilfe. Gegen den Acht Hundentag zu sprechen, wagte auch er, der als „moderner“ Politiker gelten will, nicht. Aber wie der Arbeitsminister, so schlug auch er das Rettungsmittel der Verschleppung vor. Die Debatte sprachte dann ein interessantes Rencontre zwischen ihm und Vanderhelde, in der dieser die antisoziale Politik Hymons und seiner Freunde bloßlegte, die sich bei allen sozialen Reformprojekten geöffnet hat. Trotz aller Hilfe von rechts und links erlitt die Regierung eine Niederlage: Die Kammer hat sich mit 63 gegen 53 Stimmen gegen die Zuweisung der Amendements an eine Spezialkommission ausgesprochen! Der sozialen Einsicht, daß der Acht Hundentag für den Bergarbeiter eine Notwendigkeit ist, hat sich nur die reaktionäre Geldschemelheit verschlossen. Diese Minorität setzte sich zusammen aus 42 Mitgliedern der Rechten und 11 Mitgliedern der Linken (doktrinär-liberale). Den 29 sozialistischen Stimmen fügten sich zur Majorität 30 Stimmen der Rechten (darunter der ehemalige Minister Vaernaert) und 14 Stimmen der liberalen Fortschrittler. Die Abstimmung bezeichnet einen Ehrentag für die belgische Kammer, einen Tag schmerzlicher Niederlage für die Feinde des sozialen Fortschritts. Auch Belgien wird allmählich den Weg der Arbeiterreformen emporspizigen trotz der christlichen und liberalen Feinde.

#### Schweden.

##### Die Mißgeburt einer neuen Wahlrechtsreform.

Die Erste Kammer Regierung ist von einem Verfassungsrevisionsvorschlag entbunden worden, der mit demselben Fehler behaftet ist, der bisher allen Wahlrechtsvorschlägen der konservativen den Tod gebracht hat: eine effektive Reform scheinen, aber nicht sein zu wollen.

Mit diesen Worten charakterisiert Branting in „Social-Demokraten“ treffend die Reform, mit der die Regierung die immer dringlicher werdende Forderung des schwedischen Volkes nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung zu befriedigen sucht. Das — nachdem im Mai vorigen Jahres das liberale Ministerium Staaff über seinen Wahlrechtsvorschlag zu Fall gekommen war — das nach den Wünschen der Ersten Kammer gebildete Ministerium Lindman keine wirklich durchgreifende Reform vorschlagen werde, stand von vorn herein fest.

Allerdings hat der neue Vorschlag den Vorzug, daß er sich nicht auf das Wahlrecht zur Zweiten Kammer beschränkt, sondern sich auch auf das kommunale Wahlrecht und damit auf diejenigen Körperschaften erstreckt, die über die Zusammensetzung der Ersten Kammer entscheiden. Scheinbar ist diese Reform des kommunalen Wahlrechts sehr weitgehend, verglichen mit dem bestehenden schmächtigsten Zustande. Statt der 6000 Wahlstimmen, die bisher ein einziger ländlicher Gemeindevähler mit genügend großer Steuerkraft abgeben kann, soll das Maximum der Wahlstimmen nun auf 40 beschränkt werden, und dasselbe Maximum soll für die Städte gelten, deren Reichen und Reichsten jetzt bis zu 100 Wahlstimmen zustehen. Die Verteilung der Wahlstimmen wird nunmehr so vorgeschlagen, daß auf dem Lande bis zu 1000, in den Städten bis zu 2000 Kronen Steuereinkommen auf je 100 Kronen eine Wahlstimme entfällt und darüber hinaus auf je 500 Kronen ebenfalls eine Stimme, so daß man also auf dem Lande mit 16000 Kronen, in den Städten mit 12000 Kronen Steuereinkommen das Maximum von vierzig Stimmen erreicht. Die „Verbesserung“, die so erzielt wird, läuft darauf hinaus, daß — nach dem Durchschnitte für das ganze Reich berechnet — 15 Proz. der Gemeindevähler, die reichsten Leute, so viel Wahlrecht haben sollen wie die übrigen 85 Proz. der kleinen Steuerzahler, während jetzt 7 Proz. reiche 93 Proz. minderbemittelte Steuerzahler aufwiegen. Das plutokratische System wird also zwar ein klein wenig gemildert, aber an dem Grundsatze, daß die Reichen über die Angelegenheiten der Gemeinden wie über die Zusammensetzung der Ersten Kammer bestimmen sollen, wird nicht gestüttelt. Damit aber den großen Steuerzahlern nur ja nicht zu nahe getreten werde, schlägt die Regierungsmehr vor, daß für gewisse Beschlässe der Gemeindevorteilungen, die bisher mit einfacher Stimmenmehrheit gefügt werden können, Zweidrittel-Mehrheit erforderlich sein soll! —

Was das Wahlrecht zur Zweiten Kammer anbelangt, so ist der neue Vorschlag um nichts besser als der des stauffischen Ministeriums. Wer nicht Staats- und Gemeindefiskus zählt, soll

kein Wahlrecht haben, und vom Frauenwahlrecht ist überhaupt nicht die Rede. Das Proportionalstimmrecht, das für beide Kammern wie für die kommunalen Wahlen maßgebend werden soll, ist ein so kompliziertes, daß es den Wählern äußerst schwer werden muß, sich darin zurechtzufinden.

Alles in allem ist der neue Wahlrechtsvorschlag so gearbeitet, daß er mit Recht von der gesamten Arbeiterpresse Schwedens für unannehmbar erklärt wird.

#### Das Wahlrecht.

Nach einer Mitteilung des Genossen Branting in „Social-Demokraten“ hat die schwedische Regierung auf Verlangen der russischen Beschlossen, einen russischen Flüchtling namens Tschernial auszuliefern, unter der ja allerdings bei dem Zustand der russischen „Justiz“ ganz wertlosen Bedingung, daß er vor ein ordentliches Gericht gestellt werde und die Anklage auf das Verbrechen beschränkt bleibe, wegen dessen seine Auslieferung verlangt wurde. Er soll an dem Postraub teilgenommen haben, der am 27. Oktober in Petersburg auf offener Straße verübt wurde. Das Verbrechen war ein politisches, und Schweden wäre selbst dann nicht zur Auslieferung verpflichtet, wenn Tschernial wirklich mitgetan hätte. Nun stellt sich aber heraus, daß er anderthalb Monate vor jenem Ereignis Petersburg verlassen hat und an jenem Tage in Paris weilte! Der Beweis für diese Tatsache soll der schwedischen Regierung vorgelegt werden. In Paris hat die Angelegenheit großes Aufsehen erregt. Hoffentlich wird die schwedische Regierung sich nun doch noch eines besseren besinnen. Man darf dies um so mehr erwarten, als sie kürzlich die Auslieferung eines anderen Russen abgelehnt hat, der beschuldigt war, an dem Aufstand von Sweaborg teilgenommen zu haben.

### Gewerkchaftlichen.

#### Preussische Staatshilfe für ausländische Kapitalisten.

Die niederländischen Eisenbahnen unternehmen zurzeit eine eigentümliche Maßnahme für das Unternehmertum, dessen Arbeiter sich im Streit befinden. Sie beabsichtigen nämlich die großen Unternehmer finanziell zu unterstützen und damit den Kampf für die Arbeiter zu erleichtern. Das Eigentümliche ist jedoch, daß sie die finanzielle Unterstützung nicht selbst zahlen, sondern es auf Kosten der preussischen Eisenbahnen tun wollen.

Im vergangenen Monat stellten die Erzarbeiter und Kohlenverlader des „Steinkohlenhandlungsvereins“ die Arbeit ein. Dadurch ist die Entladung von etwa 600 Wagen Kohlen um mehrere Tage verzögert und hätte der Verein Laufende von Mark Wagenstandgeld zahlen müssen. Die niederländischen Eisenbahnen haben jedoch auf Zahlung des Wagenstandgeldes verzichtet. Das ist ihr Recht; doch ihr Recht ist nicht, die Kosten durch den preussischen Eisenbahnfiskus zahlen zu lassen! Sie müssen nämlich für jeden Wagen Zeitmiets- und Verzögerungsgebühr an die Wageneigentümerin, hier die preussische Staatseisenbahndirektion, zahlen. Von der Entrichtung dieser Zeitmiets- und Verzögerungsgebühr werden sie freigestellt bei Behinderung des regelmäßigen Betriebes durch höhere Gewalt, wozu auch Arbeitsverweigerung des Personals gerechnet wird. Es ist jedoch klar, daß Arbeitsverweigerung von Kohlenarbeitern im Dienste der Privatindustrie nichts mit dem Eisenbahndienst gemein hat und deshalb die Verweisung auf § 11 Abs. 3 des Vereinswagenabkommens falsch ist.

Der Michel, der so gut gewählt hat, kann jedoch zahlen! Die preussische Staatshilfe für ausländische Kapitalisten hat außerdem noch die Nebenwirkung, daß die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers, aus dem die Wagen stammen, also preussische Staatsbürger wegen Wagenmangels Feuerschichten einlegen müssen. So hilft der Staat dem internationalen Kapital auf Kosten seiner Bürger, die Arbeiter sind.

#### Berlin und Umgegend.

##### Der Kampf in der Holzindustrie.

Schon vor der Aussperrung, mehr aber noch unmittelbar nach dem Ausbruch derselben haben die Unternehmer in den ihnen zur Verfügung stehenden Organen, ganz besonders in ihrer „Fachzeitung“ den kämpfthafter Versuch gemacht, den Kampf, welchen die Unternehmer ohne Rat angriffsweise begonnen haben, in einen von den Arbeitern mutwillig heraufbeschworenen Konflikt umzuwandeln. Wir sind diesen großen Täuschungsmanövern damals entgegengetreten und haben den Schwindeln der Unternehmerorgane die feststehenden Tatsachen gegenübergestellt, aus denen unwiderleglich ersichtlich ist, daß nicht die Arbeiter, sondern die organisierten Arbeitgeber den gegenwärtigen Kampf mit Vorbedacht herbeigeführt haben. Für jeden, der sich nicht absichtlich und hartnäckig der Vernunftkraft von Tatsachen verschließt, müßte diese Angelegenheit längst geklärt sein. Aber es ist eine sich immer wiederholende Erfahrung, daß man eine Lüge zehnmal totgeschlagen zu haben glaubt, und doch selert sie immer wieder ihre Auferstehung, und wenn man den Triumph der Lüge und Unwahrheit verhindern will, so kann man nicht umhin, sich wieder und wieder mit ihr zu befassen und ihre Haltlosigkeit aufs neue nachzuweisen. Das ist keine angenehme Beschäftigung, aber wir müssen uns ihr heute wieder unterziehen und dazu veranlaßt uns ein Artikel, den die „Vossische Zeitung“ in ihrer Abendnummer vom Dienstag über den Kampf in der Holzindustrie bringt.

Die ganze unwahre Darstellung über die Ursachen des Kampfes, die wir vor Wochen schon gekennzeichnet hatten, wird heute von der „Vossischen Zeitung“ aufgewärmt. Gleich im ersten Satz ihres Artikels stellt die „Vossische Zeitung“ die unwahre Behauptung auf, in der Holzindustrie sei ein Kampf entbrannt, „den die Arbeiterführer leichtfertig heraufbeschworen haben.“ Im weiteren Verlauf des Artikels wird dann behauptet, sowohl der Hauptvorstand als auch die leitende Leitung des Holzarbeiterverbandes habe den Kampf verneinend wollen, sie hätten aber dem Willen der Vertrauensmänner nachgeben müssen. — Im Gegensatz zu dem Anfang des Artikels sind es gegen Ende desselben also die Vertrauensmänner, das heißt die Delegierten der Mitglieder, welche den Kampf wollten, während die Vorstände, also die Arbeiterführer den Kampf verneinend sehen mochten.

Unwahr ist sowohl die eine wie die andere Behauptung. Weder die Vorstände noch die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes wollten einen Kampf. Sie hatten beim Ablauf des Vertrages mit unverkennbarer Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß sie nicht mehr wünschten, als die Erhaltung des Friedens. Sie haben sich bereits bei der Kündigung des Vertrages für den Abschluß eines neuen Vertrages erklärt, jedoch wünschten sie einige Verbesserungen gegenüber dem alten Vertrage, hauptsächlich eine Lohnerhöhung von 10 Prozent und eine Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich zwei Stunden. Wochenlang, nämlich von Mitte Oktober bis kurz vor Weihnachten haben Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Vertretern stattgefunden, aber die Vertreter der Arbeitgeber lehnten alle Forderungen der Arbeiter ganz entschieden ab. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantwortlich: W. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsgesellschaft.

ab. Nicht die geringste Verkürzung der Arbeitszeit, nicht die geringste Aufbesserung der Löhne wollten sie bewilligen. Einen neuen Vertrag ohne jede Verbesserung einzugehen, konnten sich die Arbeiter nicht entschließen, sie hätten dann, wenn keine Verbesserung zu erlangen war, ohne Vertrag gearbeitet. Die Unternehmer dagegen verlangten den Abschluß eines neuen Vertrages ohne Verbesserung und als die Arbeiter auf diese Forderungen nicht eingingen, wurden sie vom 12. Januar an ausgesperrt. — Es ist eine Dreifaltigkeit sondergleichen, wenn die „Voss. Ztg.“ angeht dieser Sachlage heute noch zu behaupten wagt, die Arbeiter hätten den Kampf heraufbeschworen.

Nach der „Voss. Ztg.“ ist die Lage der Berliner Tischlergesellen so günstig, daß sie einer Lohnaufbesserung nicht bedürfen. Der Durchschnittslohn der Möbelschleifer soll 33 M., der der Bautischler sogar 36 M. betragen. Wenn das wahr wäre, dann ist wirklich nicht zu verstehen, weshalb sich die Unternehmer so hartnäckig sträuben, den Akkordabschlag von 24 M. auf 27 M. zu erhöhen, wie die Arbeiter fordern.

Als Keimling in dem Gewebe von Unwahrheit und Entstellung bringt die „Voss. Ztg.“ eine Lüge, die unseres Wissens bis jetzt noch von keiner Seite verbreitet worden ist. Nach der „Voss. Ztg.“ sollen die Arbeitgeber von Anfang an eine Lohnerhöhung um 5 Prozent oder noch mehr in Aussicht gestellt haben. Wir erwarten von der „Voss. Ztg.“, daß sie den Beweis für diese Behauptung erbringt. Wir haben die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber von Anfang an genau verfolgt. Ein Vertreter unseres Blattes war in jeder Sitzung der Schlichtungskommission, die als einzige Instanz sich mit der Angelegenheit befaßt hat, zugegen. Wir wissen deshalb aus eigener Kenntnis der Dinge, daß den Arbeitern in keiner Sitzung und von keiner Seite eine Lohn-erhöhung in Aussicht gestellt worden ist. Soweit wir die Stimmung in den Kreisen des Holzarbeiterverbandes kennen, glauben wir annehmen zu dürfen, daß es ohne erhebliche Schwierigkeit zu einer Verständigung gekommen wäre, wenn die Unternehmer eine Lohnerhöhung von fünf Prozent und mehr in Aussicht gestellt hätten. Nachdem die Verhandlungen schon längere Zeit gedauert hatten, ohne daß ein greifbares Ergebnis herausgekommen war, stellten die Vertreter der Arbeiter Klipp und Klar das Ersuchen an die Vertreter der Arbeitgeber, sie möchten doch nun eublich, wenn sie schon nicht die ganzen Forderungen bewilligen wollten, sagen, wie weit sie den Arbeitern entgegenkommen bereit wären und was sie denn ihrerseits zu bewilligen gedenken. Auf dieses wiederholt gestellte Ersuchen hatten die Arbeitgeber immer nur die eine Antwort: Wir können nichts bewilligen, keine Lohnerhöhung und keine Verkürzung der Arbeitszeit. Wir verhandeln mit Ihnen (den Arbeitervertretern) nicht, um Ihnen etwas zu bewilligen, sondern um Ihnen Klarzumachen, daß wir nichts bewilligen können.

Jeder unbefangene Beobachter müßte hiernach den Eindruck haben, daß die Unternehmer nicht pallieren, sondern den Arbeitern ihre Bedingungen aufzwingen wollten. Sie hätten ja auch tatsächlich alles für den Kampf vorbereitet, von dem sie sich eine derartige Schwächung des Holzarbeiterverbandes versprochen, daß derselbe sich ihren Bedingungen würde fügen müssen. Drei Wochen währt jetzt der Kampf. Die Arbeiter befinden sich lediglich in der Verteidigung. Die Angreifer sind die Unternehmer und sie müßten jetzt wohl einsehen, daß sie das Ziel, welches sie sich gesteckt hatten, nicht erreichen. Kein Zweifel, daß diese Aussperrung den Holzarbeiterverband finanziell schädigt, aber seine Widerstandskraft wird durch das Randorn der Unternehmer nicht geschwächt. Diese sehen auch wohl schon ein, daß ihr Kampfplan, der sich einzig und allein auf eine finanzielle Kalkulation stützt, bereits gescheitert ist und deshalb suchen sie durch Stimmungsmache in der „Voss. Ztg.“ zu retten, was noch zu retten ist.

Vergleichen ist das Verhalten der „Voss. Ztg.“, den Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes gegen die Berliner Ortsverwaltung und gegen diese wieder die armen mißleideten Arbeiter auszuspielen. Die „Voss. Ztg.“ belogt es, daß „viele tausend Arbeiterfamilien in rauher Winterzeit den gewohnten Lohn entbehren müßten.“ Wenn die „Tante Boh“ aber die „Agitatoren des Klassenkampfes“ dafür verantwortlich macht, dann ist sie auf falscher Fährte. An die Agitatoren des Arbeitgeber-Schutzverbandes muß sich die Tante wenden. Das ist die Adresse, unter der die Schuldigen zu finden sind.

Zur Kennzeichnung der Situation wird ein Vorfall mitgeteilt, der die Vantischerei von Gebr. Schaar betrifft. In diesem Betriebe, der etwa 45 Arbeiter beschäftigte, wurde ein Teil derselben ausgesperrt, die anderen — der größere Teil — legten darauf die Arbeit nieder. Zurzeit arbeiten in der Werkstatt nur 5 Mitglieder des Christl. Demokratischen Gewerksvereins und 4 Unorganisierte. Diese können natürlich bei weitem nicht das fertigmachen, was der Betriebsinhaber gern fertig haben möchte. Ein Meister der Firma Schaar suchte deshalb einige der Aussperrten auf, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Erfolg hatte er damit nicht, denn die in den Kampf getriebenen Arbeiter lassen ihre Reiben nicht zerklüften. Ihre Lösung ist: Entweder volle Zurücknahme der Aussperrung oder es fängt keiner an.

Einer der größten Scharfmacher unter den Notordreschensbestyrern ist Herr Kandelhart. Dieser Herr führt in allen Versammlungen des Unternehmervereins das große Wort. In der letzten Versammlung im „Heidelberger“ feuerte er die Herren folgendermaßen an: „Halten Sie nur ruhig aus und geben Sie den Fahrern nichts nach. Die Fahrter werden noch so klein.“ Und machte dazu eine recht erniedrigende Handbewegung. Herr Kandelhart wollte wohl seinen Vereinskollegen damit glauben machen, daß er die Fahrter so weit bringe, daß sie in Scharen in die Betriebe zurückkehren. Wenn die Herren das jetzt noch glauben, dann sind sie töricht genug. Die Fahrter denken gar nicht daran, Herrn Kandelhart zu Gefallen zu sein. Ohne Anerkennung der Organisation und ohne deren Einverständnis wird, wie die Einzelheit bis jetzt gezeigt hat, kein Fahrter in die Betriebe zurückkehren. Herr Kandelhart hat gut Lachen. Seine Firma ist Aktiengesellschaft geworden und zugleich sind die Herren von dieser Gesellschaft auch die Führer des Unternehmervereins und müssen von ihrem Standpunkte aus an einem langen Fortbestehen der Aussperrung ein Interesse haben. Ihr Betrieb hat 10 Privatwagen und 4 Droschken, und je weniger Droschken auf der Straße im Verkehr sind, desto mehr Privatwagen werden begehrt, und daher geht jetzt das Geschäft bei der Firma Kandelhart flott, sehr flott sogar, und darum sehen die Herren in ihrem Verein alles daran, daß die Aussperrung fortbesteht. Und die kleinen Besizer, welche sich von den Aktionären und Direktoren so an der Nase herumführen lassen und gar nicht merken, daß gerade diesen Herren der Kleinbetrieb ein Stein im Wege ist, werden einzig und allein die Leidtragenden dieser Verwogung sein. Jetzt kommen die Unternehmer mit einem neuen Trick. Die Fahrter sollen am Montag die Arbeit zum laubsonntlichen Rate zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen. Aber die Organisation der Fahrter soll ausgeschaltet werden, und der Unternehmernachweis soll bestehen bleiben, damit — wenn sie die Fahrter erit haben — es den Herren ein leichtes ist, den Lohn und die Arbeitsverhältnisse nach ihrem Belieben zu regeln. Kein Fahrter

wird so dumm sein und sich auf diese Weise fangen lassen. Die Unternehmer stehen zu ihrer Organisation, die Fahrter zu der ihren. Nur die Organisation kann hier entscheiden.

Achtung, Arbeiter! Die Sperre über die Firma Inger, Goltzstraße 33, Bau Dahlmannstraße, Ade Ebelstraße, sowie Werner, Siemensstraße, ist aufgehoben. Die Achtzehnerkommission.

#### Deutsches Reich.

##### Achtung! Bautischler und Einsetzer.

In Rich bei Treuenbriehen, Firma Vereinigte Bautischlermeister, haben sämtliche Bautischler und Maschinuarbeiter wegen Lohnendifferenzen die Arbeit niedergelegt. Deutscher Holzarbeiterverband. Bauvorstand.

##### Ein neuer Tarifbruch der Unternehmer.

Den Hamburger Stauerfirmen ist offenbar der mit dem Hafenarbeiterverband abgeschlossene Tarifvertrag unangenehm. Sie suchen nach einem Vorwande, denselben wieder loszuwerden und eine tariflose Zeit herbeizuführen. Anders läßt sich die folgende Notiz nicht erklären, die das Vossische Bureau verbreitet: „Da in letzter Zeit wiederholt im Hamburger Hafen von den Arbeitern mutwillig Streik- und Boykottbewegungen in Szene gesetzt worden sind und sich dabei ergeben hat, daß die Organisation der Schauerleute — Hafenarbeiterverband, Sektion Schauerleute — nicht in der Lage oder nicht willens ist, diese von ihr selbst als durchaus unmotiviert erkannten Bewegungen zu verhindern, sieht sich der Hafenbetriebsverein in Hamburg zu der Erklärung genötigt, daß er in Zukunft die Vermittlung der Organisation der Schauerleute zur Beilegung derartiger Streitigkeiten nicht mehr in Anspruch nehmen kann. Die Mitglieder des Hafenbetriebsvereins erklären ferner, daß sie die am Sonnabend und Montag bei der Firma C. G. Blohm und dem Betrieb der Voermann-Linie ohne jeden Grund in den Aufstand getretenen Schauerleute bis zum 2. März d. J. nicht beschäftigen werden.“

Wielleicht fürchten die mit einer guten Bitterung ausgestatteten Hamburger Pfefferkörner, daß infolge der veränderten Lage in Südafrika die Transporthöhe nach dort in solchem Maße nachlassen, daß es einen fühlbaren Einfluß auf die Arbeit im Hafen hat. Läßt diese nach, dann ist ihnen der Tarif unangenehm und sie suchen nach einem Vorwande, denselben loszuwerden. Kommt es zu einem großen Konflikt im Hamburger Hafen, so weiß man wenigstens, daß die Unternehmer ihn wollen!

#### Ausland.

Ein Weberstreik. Die Arbeiterschaft von vier großen Tuchfabriken zu Reichenberg in Böhmen ist wegen Nichterfüllung von Lohnforderungen in den Aufstand getreten. Dies dürfte der Anfang einer allgemeinen Lohnbewegung in der gesamten Textilindustrie Nordböhmens sein, welche gerade jetzt voll beschäftigt ist.

##### Unsere „besonders nützlichen Elemente“ im Auslande.

Basel, 5. Februar. Vor etwa zwei Jahren ist aus Deutschland der 38 Jahre alte Kaiser Anton Einhellig aus Karlsruhe hier zugewandert und hier in Arbeit getreten. Er trat auch dem Kaiserfährverein bei, wurde aber später, weil die aus Deutschland eingetrossenen Erfundigungen über ihn schlecht ausgefallen, da er an verschiedenen Orten Streikbrecherdienste getan, wieder aus dem Verein ausgeschlossen. In seiner Stellung als Oberführer in einer hiesigen Fachhandlung war der Angestellte den organisierten Arbeitern auch nicht besonders gewogen, so daß es zwischen ihm und einem organisierten Kaiserfährer wiederholt zu Streit und Handel kam. So auch am 19. Oktober mittags; mit einem sogenannten „Schmüher“ bewaffnet, stellte sich Einhellig an der äußeren Güterstraße auf, um seinem Widersacher auszuweichen. Als dieser dann kam, begann sofort das gegenseitige Wuchseln und arzte bald in Tauschleiten aus. Einhellig griff, nachdem er eine Ohrspeise bekommen, zu seinem Schmüher und versetzte seinem Widersacher einen so heftigen Stoß in die Brust, daß dieser mehrere Tage in Lebensgefahr schwebte und heute noch nicht vollständig geheilt ist. Nur der Kunst der Verleugung hat der Verletzte die Erhaltung seines Lebens zu verdanken. Die erwachsenden Nachteile werden bleibende sein. Vor dem Strafgericht in Basel hatte sich Einhellig heute wegen der suchten Totschlags zu verantworten. Er suchte mit großer Jungengewandtheit das Gericht zu überzeugen, daß er in Notwehr gehandelt. Der Staatsanwalt hatte eine Zuchthausstrafe von vier Jahren beantragt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten aber nur zu acht Monaten Gefängnis wegen einfacher Körperverletzung. Widerstand wurde dabei berückichtigt, daß der Angeklagte seit langer Zeit von dem Verletzten und seinen organisierten Kollegen „schikaniert und terrorisiert“ worden sei, was indessen nach den ziemlich übereinstimmenden Aussagen in keiner Weise der Fall gewesen.

##### Der Eisenbahnerstreik in Bulgarien.

Aus den serbischen und bulgarischen Blättern erfahren wir, daß der Eisenbahnerstreik infolge der Verschärfung der politischen Verhältnisse an Energie wieder zugenommen hat. Die Bourgeoisie, welche somit der Arbeiterklasse gegenüber sich stets äußerst feindselig verhielt, trachtet nun danach, den Eisenbahnerstreik gegen das persönliche Regime des Fürsten Ferdinand auszuspielen.

Der Streik der Matrosen von Genua ist beendet. Nach dem Beschluß einer Versammlung vom Sonntag hat der Generalsekretär des Verbandes der Matrosen und Hafenarbeiter, Giobanni Jampigo, dem Unternehmerverband mitgeteilt, daß die Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen haben.

#### Eingegangene Druckschriften.

Der Continent. Deutsch-Franz. Monatschrift. Heft 4. Jahrgang 19. Preis: 12.— M., Einzelheft 1,25 M. Verlag: B. Schäfer in Berlin.

Wirrwirgen in der deutschen Sozialdemokratie. Von R. Schönemann. 60 Seiten. Verlag: E. Anton, Halle a. S.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Der verurteilte Landrat.

Offenburg (Baden), 6. Februar. (B. G.) Vor der hiesigen Strafkammer wurde heute eine Anklage gegen den Leiter des Gordon-Vennetrennens im Taunus Landrat von Warg aus Homburg v. d. H. wegen Uebertretung der Straßengesetzordnung verhandelt. Eine Stunde vor dem Rencontre, das der Frankfurter Automobilklub am 29. September v. J. mit der badischen Polizei in Roderweiler hatte, wurde der Landrat v. Warg in Rehl mit seinem Automobil von dem Schutzmann Joders angehalten unter der Beschuldigung, im 20 Kilometer-Tempo durch Rehl gefahren zu sein. Auf den Strafbefehl über 50 M. hin ließ es der Landrat v. Warg, der bestreift, im übermäßigen Tempo gefahren zu sein, auf die hiesige Entscheidung ankommen, die mit der Verwerfung des Anspruchs von dem Schöffengericht in Rehl endete. Das Gericht verurteilte den Landrat zu 60 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde als Strafverleumdung das Verhalten des Landrates in Betracht gezogen. Gegen das Urteil legte von Warg Berufung bei der Offenburger Strafkammer ein, die heute mit der Verwerfung der Berufung des Landrates endete, weil das Gericht den Beweis für das Vergehen für erbracht erachtete und betraf die Strafzumessung das Verhalten des Landrats der Polizei gegenüber in Betracht zog.

#### Durch Schneelawinen getötet.

Sufareh, 6. Februar. (B. G.) Bei Petrofka ging eine Schneelawine nieder, wodurch 15 Arbeiter getötet wurden. In einer Sägemühle wurden von einer Lawine 16 Arbeiter überrollt, wobei mehrere Arbeiter ums Leben kamen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die russische Revolution.

Der „außerordentliche Schuß“.

Die vor kurzem vom Petersburger Gericht freigesprochenen 44 „Revolutionäre“, darunter der Vorsitzende des Studenten-

schusses, Herr Dorofchenko, sind nun auf administrativem Wege, auf Grund des „außerordentlichen Schusses“ aus der Haupt-

stadt und Umgebung ausgewiesen worden.

Wie man sieht, hat eine gerichtliche Freisprechung in Rußland noch nicht viel zu bedeuten.

Der „seinfähige“ Gouverneur.

Rischni Kowgorod, 6. Februar. (W. L. B.) Der hiesige Gouverneur Baron Frederiks, der in die Hydwalangelegenheit verwickelt war,

ist seines Postens enthoben worden. Der hiedrige Frederiks hat bekanntlich den Hut gehakt, die „Reichs-“ zu verlagern, weil diese ihm vorwarf, er habe sich von

Der 25. Januar.

Genosse K. Kautsky schreibt in der neuesten Nr. 18 der „Neuen Zeit“ unterm 30. Januar:

In der bald vierzigjährigen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gibt es keine solche Ueberraschung, wie die jüngste Reichstagswahl. Wohl erlitten wir 1887 relativ wahrscheinlich einen noch erheblicheren Mandatsverlust als diesmal, wenn die

Stimmzettel vom 5. Februar nicht außergewöhnlich ungünstig für uns ausfallen. Aber der relative Stimmzuwachs war damals größer, und vor allem waren die Erwartungen, die wir hegten,

vor zwanzig Jahren weit geringer als diesmal. Oder vielmehr, richtiger gesagt, nicht die Erwartungen, die wir hegten, sondern die Erwartungen, die alle Welt hegte.

Aber gerade diese hochgespannten Erwartungen erklären einen Teil unserer Mandatsverluste, erklären die enorme Wahlbeteiligung, die Mobilmachung des gesamten Philistertums.

1887 waren die Wahlen unter dem Zeichen des Franzosen-

schredens vor sich gegangen, diesmal unter dem des Sozialisten-

schredens. Damals hatten die Agitatoren der Kartelparteien der

Rosse der Bevölkerung weis gemacht, der Einbruch der Franzosen in Deutschland stehe vor der Tür, wenn die Regierung nicht ihre

Forderung bewilligt erhalte. Diesmal war die Forderung der

Regierung Lebensfrage. Die paar hundert Dottenstoten konnten niemand schrecken, und sie wurden schon bei Beginn des Wahl-

kampfes aufgerollt. Dafür wirkte um so mehr die Angst vor der Sozialdemokratie. Die Wahl von 1903 hatte sie

als die größte politische Partei Deutschlands gezeigt, die Oktober-

wahl des Jahres 1906 in Rußland hatten bewiesen, wie wenig die

Reiten politischer Katastrophen vorbei sind und welche Kraft das

Proletariat dabei zu entfalten vermag. Schon der 21. Januar 1906

ließ erkennen, welchen panischen Schrecken alles das in der

Bourgeoisie erzeugt hatte. Und nun kam ein Tag, der zu einer

neuen gewaltigen Kraftäußerung der Sozialdemokratie Gelegenheit

gab. Konnte man nicht alles aufbieten, sich dagegen zu wehren? Doch ein solcher Sozialistensieg wie der von 1903, und wir sind

verloren, empfand die ganze Klasse der besitzenden Klassen. Dies

Bewußtsein machte sie an zu unerhörten Anstrengungen, das

rüttelte den denkfaulen Philister nach und trieb ihn zur Wahl-

urne. Aus der Wahlagitator des Reichsverbandes zur

Wahlprüfung der Sozialdemokratie sprach nicht nur bodenlose Gemein-

heit, sondern auch verzweifelte Angst.

Diese Angst ist in der Bourgeoisie weit größer, als wir er-

warten haben — dies ist die eine Ursache der Ueberraschungen vom

25. Januar.

Andererseits hat dieser aber auch gezeigt, daß wir die Werbe-

kraft der Sozialdemokratie in bürgerlichen Kreisen unterschätzt haben.

der Charakter jeder Partei durch besondere Klasseninteressen be-

stimmt, aber keine findet ihre Wähler ausschließlich in den An-

gehörigen einer einzigen Klasse. Namentlich die Zwischenschichten

zwischen besitzenden und besitzlosen Klassen finden sich in der

Wahlerschaft jeder Partei vertreten, und sie besonders bilden jenes

leichtbewegliche Element, das durch momentane Windströmungen

leicht von der einen zur anderen geweht wird, das nie zufrieden,

aber auch keine ausdauernde Opposition fähig ist, das selbe

Element, das in England die eigentümliche Erscheinung hervor-

rufft, daß Liberale und Konservative seit langem in regelmäßigem

Wechsel einander im Parlament und an der Regierung ablösen.

Auch in der Wahlerschaft unserer Partei, trotzdem sie mehr

Klassenpartei ist als jede andere, fehlten nicht ganz Elemente aus

nichtproletarischen Schichten, und der Kampf gegen das neue

Regime, der der Wahl von 1903 voranging, hatte aus besonders

viele Elemente dieser Art zugeführt und dadurch die Stimmen-

zahlen geschwächt, die wir erhielten. Den Kampf gegen das

Zollregime hatte unsere Partei fast allein geführt, mit einer Kraft

und einer Laddauer, die den tiefsten Eindruck machten und die

stärksten Hoffnungen erregten. Und nicht bloß proletarische In-

teressen hatte sie dabei vertreten. Es war vornehmlich ein Kampf

gegen die Kornzölle gewesen. Durch eine Verleuerung des

Zweites wurden aber alle kleinen Leute bedroht, alle, in deren

Geldbeutel das Brot eine große Rolle spielt, nicht bloß Lohnarbeiter,

sondern auch Kleinbändler, Handwerker, der „neue Mittelstand“,

der so stark anwächst — staatliche und private Beamte, Klerge,

Lehrer, Ingenieure usw., ja endlich auch eine ganze Reihe kleiner

Bauern, die nur wenig Getreide bauen, vieles kaufen müssen und

darunter leiden, wenn Brot und Viehfutter verteuert werden.

Aus allen diesen Kreisen warb uns unser Kampf gegen den

Hungertarif zahlreiche Wähler.

Nun sollte man meinen, da die Teuerung, die seitdem ein-

getreten, die glänzendste Bestätigung unserer Haltung in der

Zollfrage bildet, müsse sie uns neue Scharen aus den Reihen dieser

kleinen Leute zuführen. Aber der Wahlausfall vom 25. Januar

zeigt, daß wir uns darin geirrt haben.

Die Schuld kann nicht bei den proletarischen Elementen unseres

Wählerheeres liegen. Die leiden zu sehr und zu augenfällig unter

den Folgen der Teuerung, als daß sie nicht voll Inzorn darüber

sein sollten und sich über deren Urheber täuschen könnten. Aber

anders steht es mit den Zwischenschichten.

Da haben wir vor allem die kleinen Bauern. Die Korn-

zölle empörten sie. Nun will es aber eine dem Regime billige

gnädige Fügung des Himmels, daß die letzte Ernte eine aus-

nehmend gute war, so daß trotz der hohen Zölle die Getreidepreise

nur unerheblich gestiegen sind. Die Teuerung trifft vor allem

tierische Produkte, das sind aber gerade jene, aus denen die

kleinen Bauern in der Regel den größten Teil ihres Einkommens

ziehen. Wenn Milch und Butter, Geflügel und Schweinefleisch

im Preise steigen, während Futtermittel und Brot nicht erheblich

verteuert sind, so gewinnen sie dabei. Und das ist im Augenblick

der Fall. Natürlich wird es nicht immer so bleiben. Die nächste

geringere Ernte wird Brot und Viehfutter, dann den Fellen, ge-

waltig in die Höhe treiben, so daß die Reichtümer aus Schweine-

fleisch und Milch nicht reichen, das Defizit zu decken. Aber das

wird jetzt vom Bauern noch nicht empfunden, ihm hat das neue

Zollregime zunächst guten Gewinn gebracht. Das füllt seine

Abneigung gegen den Kornzoll erheblich ab.

Freilich bringt dieses neue Zollregime neben der Erhöhung

der Fleischpreise auch namhafte Erhöhungen der Preise anderer,

namentlich industrieller Produkte mit sich, die allein schon, auch

ohne erhöhte Brot- und Futtermittelpreise, hinreichen, den Profit

des kleinen Bauern aus den hohen Fleischpreisen bedeutend zu re-

duzieren, aber den Zusammenhang dieser Erhöhungen mit den neuen

Zöllen erkennt er nicht, dank dem Umstand, daß deren Einführung

zusammenfällt mit einer Area gewaltiger Prosperität, die allein

schon durch ihre wachsende Nachfrage nach Produkten aller Art die

Preise in die Höhe treibt, auch in Ländern des Freihandels, auch

von Produkten, die keinen Zollschutz genießen, wie Kohle. Daß

die Preise noch künstlich gesteigert werden durch die Kartelle, und

daß diese am besten gedeihen unter dem Zollschutz, das liegt nicht so

offen zutage wie die Tatsache, daß unter diesen Umständen, bei

dem Steigen aller Warenpreise auch die Arbeiter gezwungen sind,

den Preis ihrer Ware, die Arbeitskraft, zu steigern. Die Kartelle

besorgen ihre Schröpfung des Substanzums durch heimliche

Verschwörungen, von denen niemand nichts weiß. Die Arbeiter

müssen sich offen zusammenscharen, um einen Druck auszuüben,

müssen meist schwere und erbitterte Kämpfe führen, wollen sie ihre

Löhne erhöht sehen. Um das Wirken der Kartelle zu erfahren,

Aus der Partei.

Die Parteihäule

nimmt am Donnerstag, den 7. Februar, zur gewohnten Zeit

ihre Tätigkeit wieder auf.

Dem Fortschritt der Presse. Das „Sächsische Volks-

blatt“ zu Zwickau hat seit Anfang Oktober seine Abonnenten-

schicht um 3500 Bezirker vergrößert; davon entfallen allein auf

die Wahlzeit 2000! Der Gesamtabonnementstand beträgt jetzt

18 500.

Partei und Gewerkschaften. Die „Frankf. Ztg.“ brachte dieser

Tage aus sicherer Quelle die Meldung, daß der Hauptvorstand des

Deutschen Buchdruckerverbandes den Beschluß der Bezirksver-

sammlung in Frankfurt, 250 M. als Beitrag zu den Kosten der so-

zialdemokratischen Wahlen zu bewilligen, für statutenwidrig erklärt

und den Vorstand für die Wiedererstattung des Geldes verantwortlich

gemacht habe.

Wir können auf Grund genauer Informationen feststellen, daß

der Vorstand des Buchdruckerverbandes allerdings die Frankfurter

Buchdrucker darauf aufmerksam gemacht hat, daß ihr Beschluß

statutenwidrig sei. Es lag indes in diesem Hinweis keine Spitze

gegen die Sozialdemokratie, denn das Schreiben sagte weiter, daß

die Buchdrucker, wenn sie Geld für den sozialdemokratischen

Wahlfonds steuern wollten, den Beitrag durch eine Privatammlung

aufbringen könnten. Ob die Statuten so eng, wie der Vorstand meint,

ausgelegt werden müssen, ist der Beurteilung der Verbandsmitglieder

zu überlassen.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zurzeit in

Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung

solll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals.

Wir erlauben die Interessenten, uns in der Vervollständigung des

Berichtes zu unterstützen und von einer Adressänderung uns

rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

Arbeitersekretariate bestehen in:

- Wachen, Neuerstr. 46.
Hamburg (S.-A.), Wallstr. 89 p.
Witona-Hamburg, Gänsmarkt 35 II.
Kugsburg, Jesuitengasse F 406 II.
West-Wilhelmshaven, Gewerk-

Ein Kongress sozialistischer Gemeinderäte Belgens wurde dieser

Die Sozialdemokratie in Serbien.

Die Organisationen der Sozialdemokratie in Serbien halten

Organisationen Anfragen gesandt. Wir werden darüber feinerzeit noch referieren.

Die Partei besitzt zwei Blätter, und zwar „Radnide Robine“ (dieses Blatt erscheint in Belgrad dreimal wöchentlich als Zentralorgan der Partei) und „Radnik“, Wochenblatt in Kragujevac. Die sozialistische Buchhandlung vermittelt den Bezug von ausländischer sozialistischer Literatur. Im Parteiverlage erscheinen Übersetzungen der Werke von Marx u. a.

Genosse Lapcevic vertritt die Partei in der Skupština. Er ist in Belgrad gewählt worden. Obwohl er in der Skupština vollkommen isoliert ist, da den bürgerlichen Parteien ohne Unterschied der politischen Bezeichnung die Interessen des Fortschritts fremd sind, wirkt seine Tätigkeit doch erheblich für die Aufklärung der Volksmassen, die bisher als stummes Werkzeug der Herrschaft der einzelnen bürgerlichen Parteien gedient haben.

Eine sozialistische Tageszeitung soll demnächst in Japan, und zwar in Tokio herausgegeben werden. Das Blatt soll den Namen „Heimen Shimbum“ erhalten; so hieß das vor zwei Jahren unterdrückte sozialistische Wochenblatt. Die Genossen von Tokio haben eine Summe von 15 000 M. aufgefammelt, die in Japan genügt, ein Tagesblatt ins Leben zu rufen.

**Druckfehlerberichtigung.** Ein bedauerliches Mißgeschick hat unsere gestrige Notiz „Wie man auf Niederlagen antwortet“ arg und sinnstörend entstellt. Die fünf Versammlungen, worüber in der Notiz berichtet wird, sind nicht für Augsburg, sondern für Magdeburg einberufen und das Parteiorgan, in dem die auf diese Versammlungen bezüglichen Worte standen, ist nicht eine (in Augsburg nicht existierende) Volkstimme, sondern die Magdeburger „Volkstimme“.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die „zuverlässigen“ Versammlungsberichte der Gendarmen. Einer Aufregung zu Gewalttätigkeiten soll sich der Genosse Redaktor Thiele vom „Volkswacht“ für Halle schuldig gemacht haben. Er war am Dienstag vor der Raumburger Strafkammer angeklagt. Zwei Gendarmen wollten aus einem Vortrage Thieles über die russische Revolution die Worte gehört haben: „Es gebe für den deutschen Arbeiter nur den Weg, wie in Rußland, Schritt für Schritt mit Blut zu kämpfen. Jeder Genosse, der Thiele kennt, weiß, daß dieser solchen Unsinns nicht gesprochen haben kann, und die Gendarmen mußten auf Befragen auch zugeben, daß Thiele die Worte gesagt hat, in Deutschland brauche der Arbeiter nicht wie der russische zur Revolution zu greifen, um eine Verfassung zu erzwängen; er solle nur seine vorhandenen Rechte wahrnehmen. Da das Gericht aber doch Reizung hatte, den Angaben der Gendarmen Glauben beizulegen, wurden Versammlungsbesucher als Zeugen vorgeschlagen und deshalb die Sache vertagt.

**Strafkammer der Presse.** Wegen Beleidigung eines Polizeiergeanten wurde der Genosse Frank von der „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. In der Verhandlung kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Vorliegenden und dem Angeklagten. Der letztere drückte seine Verwunderung darüber aus, daß drei Belastungszeugen eine Phrase wörtlich übereinstimmend gebrauchten, die im Sprachgebrauch nicht angewandt wird. Er wurde darob vom Richter mit folgenden Worten angefahren: „Die Art Ihres Auftretens verbessert Ihre Situation durchaus nicht!“ Das gehört zum Recht des Angeklagten, sich ausgiebig und ungehindert zu verteidigen, ein Recht, das im „Land der vollendeten Rechtsgarantien“ natürlich „unantastbar“ ist!

#### Die Presse vor der Revisionsinstanz.

Wegen Beleidigung durch die Presse in zwei Fällen ist am 12. Juli v. J. vom Landgerichte Breslau der Genosse Robert Albert von der „Volkswacht“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Er war feinerzeit wegen Beleidigung eines Leutnants zu 800 M. Geldstrafe verurteilt worden, der Leutnant selbst vom Kriegs- und Oberkriegsgericht freigesprochen worden. In einem neuen Artikel wurden kritische Bemerkungen über das freisprechende Urteil gemacht. Darin hat das Gericht eine Beleidigung der Mitglieder des Oberkriegsgerichts des 5. Armeekorps erklärt. Der zweite Fall betraf einen Artikel der „Volkswacht“ vom 20. März 1906. Der wegen Mordes zum Tode verurteilte Soldat Rosinski war ausgebrochen und wieder eingekerkert worden. Der Artikel tabelte, daß Rosinski in eine neue Untersuchung gezogen und also seine Todesangst verlängert werde. Das Urteil sagt nun: Rosinski unterstand als Soldat der Militärgerichtsbarkeit. Der Kommandant der Festung Posen hatte das Recht, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten wegen des Ausbruchs, er hat aber in Wirklichkeit ein solches nicht eingeleitet. Der Angeklagte war durch einen Zeitungsartikel in den Irrtum versetzt worden, es sei ein solches Verfahren eingeleitet worden. Der in dem Artikel enthaltene Vorwurf der Menschenhänderei ist nach Ansicht des Gerichts ein sehr kränkender. — Die Revision, die darzulegen suchte, daß von Beleidigungen überhaupt nicht die Rede sein könne, wurde am 5. Februar vom Reichsgericht verworfen.

### Soziales.

Die Einsicht kam zu spät. In der Papierfabrik Segge (Wagau) wurde dieser Tage ein während des Streiks der übrigen Arbeiter von auswärtig als Streikbrecher gefommener Arbeiter ohne Angabe von Gründen entlassen. Jetzt mitten im harten Winter steht der Mann und seine Familie mit Tränen in den Augen vor einem Nichts, arbeitslos und obdachlos und von seinen Kameraden verachtet! Er glaubte durch seine Hausreicherdienste die „gesicherte Existenz“ erworben zu haben. Da er aber alt wurde und aus seinen Knochen nicht mehr viel Profit herauszuschinden ist, hatte der Vohr seine Schuldigkeit getan und — konnte gehen.

### Aus Industrie und Handel.

Der Außenhandel im Jahre 1906. Ist der Aufschwung von Deutschlands Außenhandel im Jahre 1906 schon der Menge nach bedeutend, so ist die Steigerung, die der Wert der Handelsumfänge gegenüber dem Vorjahre aufzuweisen hat, noch wesentlich erheblicher. Die Umsatzmenge ist um 6 Proz. ihr Wert aber um rund 10 Proz. gestiegen. Insgesamt betrug der Umsatz im deutschen Außenhandel während der Jahre

	Doppelzentner	1000 Mark
1905 . . . . .	948 715 411	18 278 080
1906 . . . . .	1 014 612 036	14 582 986

Bergleiert man den Gesamtumsatz nach Ein- und Ausfuhr, so ergibt sich, daß die Erhöhung des Einzelwertes allerdings ganz auf die Einfuhr entfällt, indes bei der Ausfuhr der Wert pro Doppelzentner sogar niedriger war als im Vorjahre. Die Menge der 1906 eingefuhrten Waren belief sich auf 575 491 675 Doppelzentner gegen 543 045 225 im Jahre 1905. Der Wert ging von 7 436 268 Tausend Mark 1905 auf 8 839 251 Tausend Mark im Jahre 1906 hinauf. Auf den Doppelzentner kam also ein Wert von 14,49 Mark im Jahre 1906 gegen 13,89 im Jahre 1905. Gerade umgekehrt war die Entwicklung der Ausfuhr. Hier stellten sich die betreffenden Ziffern wie folgt:

	Doppelzentner	1000 Mark	Einheitswert
1905 . . . . .	403 670 186	5 841 817	14,40
1906 . . . . .	439 120 331	6 243 735	14,22

Bei einigen Warengruppen, so z. B. bei Kupfer und Kupferwaren, hat der Ausfuhrwert recht bedeutend abgenommen. Für die wichtigeren Warengruppen, für die sich nach der Neuordnung der

Handelsstatistik vom 1. März einigermassen zuverlässige Vergleiche mit dem Vorjahre ziehen lassen, betrug in 1000 Mark die Einfuhr

	1905	1906	Zu (+) resp. Abnahme (-) gegen 1905
Ackerbauzeugnisse . . . . .	1 182 724	2 004 908	+ 912 184
Holz und Holzwaren . . . . .	333 817	430 119	+ 96 302
Steinkohlen usw. . . . .	202 736	202 331	- 405
Drogerie-, Apotheker- und Farbwaren . . . . .	317 088	304 128	- 12 960
Kleider, Putzwaren usw. . . . .	14 708	13 266	- 1 442
Leder und Lederwaren . . . . .	71 359	80 730	+ 9 371
Kautschuk und Guttapercha . . . . .	147 502	164 415	+ 16 913
Papier und Pappwaren . . . . .	21 786	24 866	+ 3 080
Tonwaren . . . . .	7 833	9 237	+ 1 404
Glas und Glaswaren . . . . .	10 761	15 125	+ 4 364
Eisen und Eisenwaren . . . . .	83 180	88 789	+ 5 609
Blei und Bleiwaren . . . . .	19 926	23 607	+ 3 681
Zinn- und Zinnwaren . . . . .	13 645	22 022	+ 8 377
Zinn und Zinnwaren . . . . .	35 141	45 478	+ 10 337
Kupfer und Kupferwaren . . . . .	165 468	236 799	+ 71 331

#### die Ausfuhr

	1905	1906	Zu (+) resp. Abnahme (-) gegen 1905
Ackerbauzeugnisse . . . . .	149 930	248 439	+ 98 509
Holz und Holzwaren . . . . .	121 123	131 599	+ 10 476
Steinkohlen usw. . . . .	301 929	341 819	+ 39 890
Drogerie-, Apotheker- und Farbwaren . . . . .	463 925	564 282	+ 100 357
Kleider, Putzwaren usw. . . . .	146 421	151 059	+ 4 638
Leder und Lederwaren . . . . .	193 306	218 321	+ 25 015
Kautschuk und Guttapercha . . . . .	92 328	94 548	+ 2 220
Papier und Pappwaren . . . . .	143 176	154 014	+ 10 838
Tonwaren . . . . .	101 527	97 429	- 4 098
Glas und Glaswaren . . . . .	54 878	71 766	+ 16 888
Eisen und Eisenwaren . . . . .	662 528	679 713	+ 17 185
Blei und Bleiwaren . . . . .	19 588	18 510	- 1 078
Zinn- und Zinnwaren . . . . .	48 272	51 651	+ 3 379
Zinn und Zinnwaren . . . . .	14 882	23 902	+ 9 020
Kupfer und Kupferwaren . . . . .	206 141	166 267	- 39 874

Müllertrift in der Schweiz. Ende 1906 waren in den acht Schweizerkantonen Zürich, St. Gallen, Thurgau, Appenzel, Aargau, Bern, Zug und Luzern 76 Mühlen mit einem Aktienkapital von 9 Millionen Franken und mit einer wöchentlichen Weizenvermahlung von 450 Waggons zusammengefaßt. 94 größere und kleinere Mühlen stehen noch außerhalb des Zustufs, so daß er allerdings noch nicht sobald die erstrebte Monopolstellung und Preisdiktatur erlangen wird. In der Mühlenindustrie vollzieht sich der gleiche Aufschwungsprozess der kleinen wie in der Brauindustrie und auch insofern besteht zwischen den beiden Industrien eine gewisse Gleichartigkeit, als von jener die Bäckereimeister als Schuldner immer mehr in völlige Abhängigkeit kommen, wie hier die Wirte.

#### Neugründungen und Kapitalerhöhungen im Januar 1907.

Es wurden von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Monat Januar, soweit es aus dem Handelsregister ersichtlich ist, 14 Millionen Mark weniger Kapital beantragt als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Das in Neugründungen und Kapitalerhöhungen angelegte Kapital betrug nämlich nach Abzug der Kapitalherabsetzungen im Januar dieses Jahres 127 704 400 M. gegen 141 783 500 M. im Januar 1906. Insgesamt nämlich in Mark beantragte durch

	1906	1907
Neugründungen . . . . .	69 668 900	50 707 400
Kapitalerhöhungen . . . . .	78 239 600	84 781 500
Die Kapitalherabsetzungen betragen . . . . .	6 125 000	7 684 500

Die stärkste Abnahme der Gründungstätigkeit zeigt sich im Bergbau und im Bankgewerbe, sowie in der Chemischen Industrie. In diesen drei Gruppen ist der Rückgang aber auch so stark, daß die Steigerung der Gründungstätigkeit in einigen anderen Gewerben, wie vornehmlich im Eisen- und Metallgewerbe, im Textil-, Papier- und Nahrungsmittelgewerbe dahinter ganz verschwindet. Bei den Kapitalerhöhungen fällt die Steigerung im Eisen- und Metallgewerbe sowie bei den Bau- und Terrängesellschaften so sehr ins Gewicht, daß die beträchtliche Abnahme im Bankgewerbe weit dahinter zurückbleibt. Der Rückgang der vom Elektrizitätsgewerbe beantragten Summe wird durch den Mehrbedarf des Verkehrsgewerbes wieder ausgeglichen.

### Gerichts-Zeitung.

Vom Kampf gegen Flugzettelschleier. (Ungültige Polizeiverordnung.)

Auf belehnter Straße in Nieder-Schönweide wurden am 24. Juni 1906, einem Sonntag, im Auftrage des sozialdemokratischen Wahlvereins Flugzettelschleier verteilt, die dazu anregen sollten, die von der organisierten Arbeiterklasse gesperrten Lokale zu meiden. Die Verteiler Elias und Clavery hatten je eine Mark erhalten. Verschiedenartig sollten sie sich durch ihr Tun vergangen haben. Das Landgericht II als Berufungsinstanz sprach sie frei von der Beschuldigung des groben Unfugs und der Verletzung des § 10 des preussischen Preßgesetzes. Die Freisprechung von der Verletzung des § 10 des letztgenannten Gesetzes wurde in folgender Weise begründet: Es sei nicht mit Sicherheit den Angeklagten zu widerlegen gewesen, daß sie die Mark als Entgelt erhalten hätten, es sich also um ein entgeltliches Verteilen handele, während § 10 des preussischen Preßgesetzes, in der durch § 30 des Reichs-Preßgesetzes aufrecht erhaltenen Fassung eine polizeiliche Erlaubnis (die die Angeklagten nicht besaßen) nur für die unentgeltliche öffentliche Verteilung von Aufrufen, Bekanntmachungen und Plakaten vorsehe. — Verurteilt wurden indessen die Angeklagten wegen Verletzung des § 47 der am 29. Mai 1898 für den Amtsbezirk Alt-Glenside erlassenen Polizeiverordnung, welcher vorschreibt: „Das Verteilen und Festhalten von Zeitungen undzetteln und anderen Sachen in der Nähe der Ein- und Ausgänge der Bahnhöfe und an Orten, wo ein reger Verkehr ist, sowie vor öffentlichen Lokalen ist verboten.“ Das Landgericht erklärte die Bestimmung für rechtsgültig, und da sich die Angeklagten dagegen durch Verteilen vonzetteln auf einer Straße mit regem Verkehr vergangen hätten, auch für anwendbar.

Die Beschuldigten legten Revision beim Kammergericht ein. Rechtsanwält Dr. Herzfeld als ihr Vertreter machte geltend: Der § 47 der Polizeiverordnung vom 29. Mai 1898 wäre ungültig. Er regelt mit das entgeltliche öffentliche Verteilen von Druckschriften und derselbe deshalb gegen § 30 Absatz des Reichs-Preßgesetzes. Darin heiße es: „Das Recht der Landesgesetzgebung, Verfügungen über das öffentliche Anschlageln, Anheften, Ausstellen, sowie die öffentliche unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen zu erlassen, wird durch dieses Gesetz nicht berührt.“ Die Entstehungsgeschichte dieser Bestimmung, die Rechtsanwält Dr. Herzfeld im einzelnen darlegte, ergebe nun, daß § 30 Absatz 2 des Reichs-Preßgesetzes die landesrechtliche Regelung der entgeltlichen öffentlichen Verteilung von Druckschriften nach jeder Richtung hin habe ausschließen wollen. Darum sei der § 47 der Polizeiverordnung auf jeden Fall scheinbar ungültig, als er sich auf Preßzeugnisse beziehe.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts hob am Montag die Verurteilung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück: Es könne festgestellt werden, ob § 30 des Reichs-Preßgesetzes polizeiliche Anordnungen verbiete, die im Verkehrinteresse die Verteilung von Druckschriften einschränken. Denn der § 47 der angezogenen Polizeiverordnung sei schon aus anderen Gründen in seiner

Allgemeinheit ungültig. Die Polizeiverordnung von 1898 sei nicht bloß Straßenpolizei-Bewahrung, da sie die verschiedensten Materien regelt. So handele sie auch von Regierungen, von Müllabfuhr, von Baumgruben und -Räufen und dergleichen mehr, was mit dem Straßenvorkehr nichts zu tun habe. Wenn die Verordnung eine reine Straßenpolizeiverordnung wäre, dann könnte man vielleicht den § 47 einschränken, daß er als eine Bestimmung im Sinne des § 6b des Polizeiverwaltungs-gesetzes, also als eine Polizeivorschrift gelten könnte, die erlassen sei zum Schutze der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen. Bei dem Charakter der Verordnung gehe das aber nicht. Wenn ferner § 47 ein „Verteilen“ in der Nähe der Ein- und Ausgänge der Bahnhöfe und an Orten, wo ein reger Verkehr ist“, regelt, so gehe die Verordnung auf ein Gebiet hinaus, das vom § 6b des Polizeiverwaltungs-gesetzes nicht mit umfaßt werde. Es seien in der Nähe von Ein- und Ausgängen der Bahnhöfe sehr wohl Orte denkbar, die nicht rechtlich-öffentliche Straßen oder Plätze seien, und ein Ort, wo ein reger Verkehr ist, brauche auch nicht immer eine derartige Straße oder ein derartiger Platz zu sein. So könne auch ein Tanzsaal oder eine Restauration als ein solcher Ort gelten. — Wenn nun auch § 47 der Verordnung ungültig sei, so wäre doch nicht auf Freisprechung zu erkennen. Das Landgericht werde nochmal nachprüfen müssen, ob nicht in der Tätigkeit der Angeklagten ein anderes Delikt zu finden sei, etwa eine Verletzung der Polizeiverordnung über die äußere Heftigung der Sonn- und Feiertage, durch die öffentlich bemerkbare „Arbeiten“ an Sonntagen verboten würden.

#### Unter dem Zeichen des Arbeitswilligenschutzes

stand eine Anklage, welche gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof gegen die Tischler Lindemann und Schwensow verhandelt wurde. Wie sich im Laufe der Verhandlung herausstellte, lag der Anklage, welche die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse erhoben hatte, nichts als eine ganz alltägliche Privatbeleidigung zugrunde. Höchst wahrscheinlich sind noch dazu die Unrechten auf die Anklagebaute gekommen. Der Eifer der Staatsanwaltschaft erklärt sich daraus, daß die angeblich Beleidigten, die Tischler Oberländer und Kleinfäuber, sich als gewerkschaftlich Terrorisierte aufspielten. Die wesentlichsten Züge des Bildes, welches die Beweisaufnahme ergab, sind folgende: Die beiden Hauptzeugen Oberländer und Kleinfäuber waren bei den anderen Arbeitern ihrer Werkstatt nicht beliebt. Das hat seine Ursache darin, daß sie — wie einige Zeugen angaben — unverträgliche Menschen sind, die von Anbeginn ihrer Beschäftigung in der betreffenden Werkstatt Klatschereien über einzelne ihrer Kollegen verbreiteten, Werkzeug, welches andere benutzen wollten, für sich in Anspruch nahmen und dergleichen. Aus solchen Ursachen hat sich ein gespanntes Verhältnis der beiden zu allen übrigen Arbeitern der Werkstatt entwickelt, und insofern dessen kamen auch gegenseitige Sticheleien und Schimpereien vor. Gewerkschaftliche Gegenseitigkeiten dabei keine Rolle. Denn Oberländer und Kleinfäuber waren gleich den anderen Arbeitern Mitglieder des Holzarbeiterverbandes. Nachdem sie später wegen retardierender Beiträge aus den Listen des Verbandes gestrichen worden waren, gefielen sie sich in der Rolle von Leuten, die deshalb beschimpft würden, weil sie dem Verbands nicht angehörten. Eines Tages, als Oberländer Schimpfworte in der Werkstatt hörte, lief er zur Polizei, kam mit einem Schugmann zurück, ließ einige seiner Kollegen, die seiner Meinung nach geschimpft hätten, feststellen und denunzierte sie wegen Beleidigung. Die Staatsanwaltschaft erhob denn auch Anklage im öffentlichen Interesse.

Jedem der beiden Angeklagten wurden zwei Fälle von Beleidigung zur Last gelegt, die an zwei aufeinander folgenden Tagen begangen sein sollen. Daß die Angeklagten im vorliegenden Falle geschimpft haben, wurde von mehreren Zeugen, die in ihrer unmittelbaren Nähe sich befanden, entschieden bestritten. Nur Oberländer und Kleinfäuber bezeichneten die Angeklagten als die Schimpfenden, obwohl beide Zeugen nach Lage der Verhältnisse gar nicht wahrnehmen konnten, von wem die Schimpfworte gebraucht wurden. Die eigenen Angaben entgegengesetzter Aussagen suchte der Zeuge Oberländer mit großer Dreistigkeit dadurch anzufechten, daß er behauptete, es sei schwer, in dieser Sache wahrheitsgemäße Aussagen von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes zu bekommen. Einen Hausdiener, der in dieser Angelegenheit ebenfalls als Zeuge benannt ist, hätten die Verbandsmitglieder sogar zum Meinen zu verleiten gesucht. — Diese dreite Behauptung veranlaßte einen Zeugen, auf den sie sich beziehen sollte, sich entschieden gegen solche Verdächtigungen zu verwahren und den Vorliegenden um Schutz gegen solche Angriffe zu eruchen. Der Vorliegende entsprach denn auch diesem Ersuchen.

Der Staatsanwalt meinte, es möge doch hingestellt sein, ob der Streit dadurch entstand, daß Oberländer und Kleinfäuber dem Holzarbeiterverbande nicht angehören. Die Erfahrungen des täglichen Lebens sprächen aber dafür, daß es sich hier um eine Beschimpfung Richtorganistierter handele. Arbeitswillige müßten gelädigt werden. Der Staatsanwalt hielt nur je einen Fall von Beleidigung bei jedem der Angeklagten für erwiesen und beantragte gegen jeden Angeklagten zwei Wochen Gefängnis.

Demgegenüber beantragte der Verteidiger, Rechtsanwält Heine, beide Angeklagte freizusprechen. Man müßte blind sein gegenüber den Erfahrungen des täglichen Lebens, wenn man nicht anerkennen wollte, daß es sich hier nur um eine alltägliche Streiterei ohne irgend einen gewerkschaftlichen oder politischen Hintergrund handelt. Auch das seine eine Erfahrung des täglichen Lebens, daß jemand, der die Justiz auf seine Seite bringen will, sich als den gewerkschaftlich oder politisch Verfolgten aufspielt. Es sei nicht erwiesen, daß die Angeklagten geschimpft hätten.

Das Gericht verurteilte jeden der Angeklagten zu einer Geldstrafe von 30 M. wegen je eines Falles von Beleidigung nach § 183 des Strafgesetzbuches.

### Vermischtes.

Durch heftige Schneestürme sind nach Pariser Meldung die Dtschafischen Hospitalot und Sigalot im Departement Arriège vollständig vom Verkehr abgeschnitten.

Auch an der ganzen atlantischen Küste herrschen, wie aus New York berichtet wird, schwere Schneestürme. In New York und Philadelphia liegt der Schnee 30 Zentimeter hoch.

Mädchenraub auf einem deutschen Dampfer. Aus Saigon wird berichtet: Der französische Konsul war am 12. Dezember v. J. benachrichtigt worden, daß der deutsche Dampfer „Wahlde“ über Haiphong kommend, sechs anamitische Mädchen an Bord habe, die aus der Heimat entführt worden seien. Bei der Durchsichtung des Schiffes wurden diese Mädchen, sowie auch drei chinesische Frauen gefunden, die aus der Heimat verschleppt worden waren. Die Urheber der Entführung sind nunmehr zu je sechs Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Ein brennender Elevator. In Piume ist der Elevator mit bedeutendem Getreidevorrat vollständig niedergebrannt. Ein englischer und ein ungarischer Dampfer, die in der Nähe des Elevators verankert waren, mußten auf das offene Meer bugsiert werden. Der Ausbruch des Feuers ist durch Kurzschluß einer elektrischen Leitung verursacht worden.

Krieg im Frieden. Eine Granate von einem englischen Kriegsschiffe, das im Kermellanal Schießversuche veranstaltete, ist, wie aus London gemeldet wird, in der Nähe eines Hotels in Chelsea explodiert. Glücklicherweise wurde weder jemand verletzt, noch Materialschaden angerichtet.

Für den Inhalt der Aukrate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Donnerstag, 7. Februar.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Rgl. Opernhaus. Salome. Anfang 8 Uhr.  
Rgl. Schauspielhaus. Wallenstein Tod.  
Deutsches. Romeo und Julia. Edeken. Cousin Bobby. Vorzug. Der Mikado. Lesing. Die Jungfrau v. Bilsdorfberg.

Anfang 8 Uhr.  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Räuber.  
Schiller-Theater Charlottenburg. Minna von Barnhelm.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Die von Hochstetel.  
Komische Oper. Tosca.  
Berliner. Der Hund von Baskerville.  
Neues Schauspielhaus. Hertha's Hochzeit.

Kleines. Eine triviale Komödie. Neues. Geschlossen.  
Residenz. Florette und Patapon.  
Lustspielhaus. Süßwarenlieber.  
Luisen. Der Raub der Sabinerinnen.  
Zentral. Künstlerblut.  
Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.  
Thalia. Eine lustige Doppelhebe.  
Bernhard Rose. Mutterliebe.  
Trianon. Fräulein Josefine - meine Frau.  
Metropol. Der Teufel lacht dazu.  
Gebr. Herrfeld. Ein verrücktes Hotel.

Wintergarten. Saphire. Spezialitäten.  
Apollo. Die schöne Vestalin. Spezialitäten.  
Kaffee. Ledige Leute. Spezialität.  
Folies Caprice. Im Café Abeles. Ein Habrasproch. Soiree bei Läng.  
Passage. Was was Anders! Spezialitäten.  
Prater-Theater. Die Waife von Lomodo.  
Figaro. Hochzeitssnacht. Sein Ideal. Katastrophe. Unicum Welt. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Walhalla. Spezialitäten.  
Karl Gaverland. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Landenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Die Feuergezeiten der Erde.  
Hörtsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Elektrisches Licht.  
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

**Ferdinand Bonns**  
**Berliner Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Hund von Baskerville.**  
Freitag: Sherlock Holmes.  
Sonnabend: Der Hund von Baskerville.

**Theater des Westens**  
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.  
Durchschlagender Operetten - Erfolg!  
Abendblatt 7 1/2 Uhr: Gastspiel Frh. Berner  
**Cousin Bobby.**

**Neues Schauspielhaus**  
Donnerstag, den 7. Februar 1907:  
**Hertha's Hochzeit.**  
Morgen:  
**Weh dem der lügt.**  
Anfang 8 Uhr

**Neues Theater.**  
Donnerstag: **Geschlossen.**  
Freitag zum erstenmal:  
**Meißner Porzellan.**  
Sonnabend, Sonntag:  
**Meißner Porzellan.**

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Eine triviale Komödie für seriöse Leute. (Sunbury.)  
Freitag und Sonnabend: In den Efirnen.  
**Komische Oper!**  
Abends 8 Uhr:  
Freitag: **Tosca.**

**Lorzing-Theater**  
Fellen'shanenstr. 7/8.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Mikado.**  
Abonnement gültig.  
Morgen Freitag zum erstenmal:  
Die lustigen Weiber von Windsor.

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Heute bis Freitag. Anfang 8 Uhr:  
**Florette und Patapon.**  
Schwank in 3 Akten v. H. Hennequin und Pierre Veber.  
Sonnabend zum erstenmal: Haben Sie nichts zu verkoffen?  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Stellvertreter.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
8 Uhr:  
Die Feuergezeiten der Erde.  
Hörtsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Elektrisches Licht.  
**Lustspielhaus.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Süßwarenlieber.**

**Zentral-Theater.**  
(Operette.) 8 Uhr:  
**Künstlerblut.**  
Freitag: Die Waife.  
**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 31.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Raub der Sabinerinnen.**  
Schwank in 4 Akten v. P. und J. v. Schönthan.  
Freitag: Jurorengelommen oder: Der lange Kerl.  
Sonnabend 4 Uhr zum erstenmal: Der geflügelte Kaiser. 8 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.  
Sonntag 3 Uhr: Zell. 8 Uhr: Der lange Kerl.

**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstetel.**

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Dr. Franzstr. 132.  
Anfang 8 Uhr.  
**Mutterliebe.**  
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von Willbrandt.  
Morgen: Mutterliebe.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinderdarstellung v. H. Freiden: Frau Holle.  
Abends: Die Tochter des Herrn Fabrilios.  
Billetvorverkauf ohne Vorverkaufsgebühr von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.

**Metropol-Theater**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.  
**Massary, Wolff, Bender, Giampietro, Josephi.**  
Rauchen überall gestattet.  
Sonntag, den 10. Februar 1907, nachmittags 3 Uhr:  
**Auf in's Metropol.**

**Apollo Theater**  
10 Uhr! 10 Uhr!  
**Bernhard Mörbitz**  
Charakter-Komiker.  
Außerdem 9 Uhr:  
**Die neuen Attraktionen.**  
Vorch. 8 Uhr: Die schöne Vestalin.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Strassenstr. 16.  
Große Extra-Vorstellung.  
**Eine Familie**  
oder: Die feindseligen Brüder.  
Schauspiel in 3 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.  
Freitag: Der Vampyr.

**WINTERGARTEN**  
**SAHARET.**  
**Otto Reutter**  
**Neues Programm.**  
Riogocu-Familie, japan. Truppe. Rudolph, Universal-Künstler. Seelöwen, vorgef. v. Matros. Walter. Abbie Mitchell, kreolische Sängerin. 4 Sisters Leamy, gymn. Produktion. Leonard Gaultier in der Szene „Ein Spielwarenladen“. Morton und Elliot, Instrumentalisten und Papiermanipulatoren.  
Auf dem Halle, Tanzszone, ausgef. von der Tiller-Truppe, London.  
Der Biograph.  
Ende 11 Uhr

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.  
Reichshallen-Restaurant  
**Bockbier-Fest.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
**Die Räuber.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.  
Freitag abends 8 Uhr:  
**Der Kaiserjäger.**  
Sonnabend abends 8 Uhr:  
**Minna v. Barnhelm.**

**Zirkus Schumann**  
Heute Donnerstag, den 7. Februar, abend prägnant 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Abend, Gala-Programm und neue Debüt.**  
U. a. zum 1. Male: Mons. Hubert Cooke. Ferner: Nur farges Gastspiel: **Mr. Richard Sawades** einzig dastehende, wunderbar dressierte gemischte  
**Raubtier-Gruppe** bestehend aus Königsigern, Löwen, Eisbären, Krangensbären, alles Pracht-Exemplare.  
Um 9 Uhr zum 49. Male:  
**Das größte Pracht-Manegeausstück**  
**St. Hubertus.**

Deutsch-Amerikanisches THEATER, Köpenickerstr. 67/68.  
Jeden abend 8 Uhr Gastspiel **Ad. Philipp** sowie Sonnabend **Zum 50. Male:**  
**Der Sorgenbrecher.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Ueber'n großen Teich.“  
**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Gastspiel  
**Bernhard Rose-Theater:**  
**Die Herren Söhne.**  
Vollständ. in 3 Akten von Leo Stein.  
Hochschülermeister Komml: **Bernhard Rosa.**  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Billetvorverkauf bei Krüger & Oberbeck, Turm- u. Seuffelstrassen-Ecke, sowie im Restaurant d. Stadt-Theaters.

**Gebr. Herrfeld-Theater**  
Anf. 7 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57.  
Neuer großer durchschlagender Lauch-Erfolg!  
**Ein verrücktes Hotel**  
mit dem Vorspiel:  
„Hayfisch geht zur Jagd“  
Komödie in 3 Akten von Anton u. Donat Herrfeld nachmittags 3 1/2 Uhr v. halben Kassenspreisen.  
Vorber. 11-2 Uhr (Theaterkasse)  
Sonntag, den 10. Februar, Endlich allein.  
**Fall Blumentopf.**

**Palast-Theater.**  
Bergstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Böros.  
Täglich abends 8 Uhr  
Sonntags ab 4 Uhr  
**Große Münchener Bockbierfeste.**  
Karl Kamberger mit seinen drei Kapellen: „Original Oberländer“, „D'Wibschigen“ und „D'Schliersee“, Schupplattler, Sänger und Sängerinnen.  
Niederbühler zum Mitlingen gratis. Großartige eigene Dekoration.  
Entree an Wochentagen 30 Pfennige.

**Passage-Theater.**  
Heute Donnerstag, 7. Februar, zum 3. Male:  
**Mal was Anderes!**  
Gosse von Leop. Eh. Joasime Dora, Georg Kaiser, Martin Bonifaz, Ernst Kettner.  
Ferner: Die glänzendsten Februar-Spezialitäten.

**Walhalla-Variété-Theater**  
Weinbergweg 19/20, Wolend. Tor.  
Heute abend 8 Uhr:  
**Anna Müller-Lincke** Gesangs-Soubrette v. Metropol-Theater in Berlin.  
**Leonhard Haskel** der beliebteste Volks-Komiker.  
**Max Franklin-Truppe** 15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Fräulein Josefine - meine Frau.**  
Sonntag nachm.: Wo ist der Papa? und Die Schloßkellerei.

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Bismarckstraße, Ecke der Grolmanstr.  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
**Minna von Barnhelm.**  
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.  
Freitag abends 8 Uhr:  
Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.  
Sonnabend abends 8 Uhr:  
**Die Räuber.**

**Zirkus Busch.**  
Donnerstag, 7. Februar 1907, abends 7 1/2 Uhr.  
Um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der Vorstellungen von **Engl. Boxkämpfen.**  
Beteiligung international. Es gelten die Regeln des National Sporting Club, London.  
- Petersen (Dänemark) gegen - Semmer (Sibirien).  
Dick Nauck (Berlin) gegen Lada (Amerika).  
Bill Sternberg (Amerika) gegen Meyer (Wüstel).  
Um 9 1/2 Uhr: **ROM.**  
Gr. Orig.-Ausstatt.-Pantomime in 7 Bildern.  
Ferner: **The Novellos** (Judien in Europa).  
**Nanella - Marini - Truppe.**  
Herr Burkhardt-Hoollit, Schulreiter. - Herr Ernst Schumann, Reudrefurten, sowie das gesamte große Gala-Programm.  
Die Logenloie ist von 10 Uhr vorm. ab ununterbroch. geöffnet.

**Folies Caprice**  
Linienstr. 132  
Ecke Friedrichstraße.  
Anfang 8 Uhr.  
**Lotte Sebus.**  
Im Café Abeles.  
**Ein Klaviersproch.**  
Berisch und Aalbach in den Hauptrollen.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Abends 8 Uhr:  
**Philippe Welfer.**  
Schauspiel in 4 Akten von Reddy.  
Morgen zum erstenmal:  
**Die Elfe vom Erlenhofe.**  
**Otto Pritzkow, Münzstr. 16,**  
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)  
Theater lebender Photographien.  
Auf Wunsch Vorführung in Vereinen jederzeit.  
Verbindung mit größter Filmfabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Gustav Behrens Theater,**  
Berlin O.,  
Frankfurter Allee 85.  
Das einzig dastehende **Elite-Februar-Programm.**  
**24 Nummern.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr

**Deutscher Holzarbeiter - Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Sonnabend, 9. Februar 1907, in der „Neuen Welt“, Hasenheide:  
**Großes Sommer-Fest**  
(Eine Fahrt nach dem Riesengebirge).  
Um 11 1/2 Uhr:  
**Großer festzug**  
unter Mitwirkung hervorragender Personen.  
Billet 50 Pfennige.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Tanz frei (Doppel-Orchester).  
Um zahlreichen Besuch bittet **Das Komitee.**  
NB. Es wird gebeten, in Sommertoilette zu erscheinen.  
Billets sind auf allen Zahlstellen, im Bureau und ständig in folgenden Lokalen zu haben: O.: Lorenz, Koppenstr. 28. SO.: Mühle, Mariannenstr. 41. S.: Donath, Schönleinstr. 6. Erbe, Hasenheide 9.  
79/11\*

**Erprobt und bewährt!**  
3863L\*  
**Spiritus-Glühlicht-**  
Lampen und Brenner.  
Centrale für Spiritus-Verwertung  
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.  
Illustrierte Preisliste kostenlos!

**Freie Volksbühne**  
Sonntag, den 10. Februar er., nachmittags 3 Uhr:  
Neues Schauspielhaus. Berliner Theater.  
2./3. Abteilung: 15./16. Abteilung:  
**Das Glas Wasser.** Die Häuser des Herrn Sartorius.

**Mozartkonzert im Mozartsaal**  
unter Leitung des Hofkapellmeisters **Paul Prill** mit dem **Mozartsaal-Orchester** (60 Künstler)  
Sonnabend, 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr.  
Anfang der Billetverlosung 7 1/2 Uhr.  
Nach dem Konzert findet im Mozartsaal gleichzeitig ein **Ball und Gesellschaftsabend** statt.  
Festmarken a 75 Pf., Gastkarten a 1 M. in allen Zahlstellen sind nur bei sofortiger Bestellung zu haben.

im Rathaus  
Sonnabend, den 2. März, 8 1/2 Uhr,  
Dr. Leopold Hirschberg über:  
**Gluck**, mit pianistischen u. gesanglichen Erläuterungen.  
228/7  
**Der Vorstand.** I. Vtrtr.: G. Winkler.

**Kasino-Theater**  
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Ledige Leute.**  
Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann.  
Vorber. das vollständig neue erst-  
stellige Duelle Februarprogramm.  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

**Sanssouci** Kottbuser-  
straße 4a.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Sonn. Kontg. Donnerst.:  
**Hoffmanns Nordd. Sänger**  
Stürmischer Lacherfolg!  
Der Sonntagssänger in  
der Kiemme.  
Lustspiel in 1 Akt.  
**Tanzkränzen.**  
Sonn. 8g. 5. Wochent. 8 U.  
Nächsten Sonntag: **Gr. Elite-Soiree**  
von Hoffmanns Nordd. Sängern.  
Jeden Dienstag: Theaterabend.

**Neue Welt**  
Hasenheide 108-114.  
**Münchener Bockbierfest**  
**Baron Muckl**  
**Tiroler Meistersinger**  
**Lina vom Heede**  
**30 bayerische Madl.**  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Colosseum**  
Dresdenerstraße 97.  
**Spezialitäten - Theater.**  
Im Kongressaal: Großer  
**Bockbier - Jubel.**  
„All-Deutschland im Volk.“  
Nationale Dekoration!  
Ueberraschungen aller Art.

**Orts-Krankenkasse**  
für  
**Ober-Schöneeweide.**  
Montag, den 18. Februar 1907,  
abends 6 Uhr, im Restaurant Kaut-  
holt, Wilhelmstr. 18:  
**Außerordentliche**  
**General-Versammlung**  
der Vertreter der  
Arbeitgeber und Arbeitnehmer.  
Tagesordnung:  
1. Anstellung eines Kassendotens und  
Krankentollerens.  
2. Beiträge und Verschickenes. 279/9  
Ober-Schöneeweide, 4. Febr. 1907.  
E. Rauffolt, 2. Vorsitz der  
K. Rodenbusch, Schriftf.ber.

**Gustav Behrens Theater,**  
Berlin O.,  
Frankfurter Allee 85.  
Das einzig dastehende **Elite-Februar-Programm.**  
**24 Nummern.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr

**Orts-Krankenkasse**  
für  
**Ober-Schöneeweide.**  
Montag, den 18. Februar 1907,  
abends 6 Uhr, im Restaurant Kaut-  
holt, Wilhelmstr. 18:  
**Außerordentliche**  
**General-Versammlung**  
der Vertreter der  
Arbeitgeber und Arbeitnehmer.  
Tagesordnung:  
1. Anstellung eines Kassendotens und  
Krankentollerens.  
2. Beiträge und Verschickenes. 279/9  
Ober-Schöneeweide, 4. Febr. 1907.  
E. Rauffolt, 2. Vorsitz der  
K. Rodenbusch, Schriftf.ber.

# SCHLUSS

# Jandorf's

## Woche

# 90s

## Woche

### Sonnabend

den

### 9. Februar

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 84, Amt IV, 3353. Verwaltungsstelle Berlin: Engel-Ufer 15. Haupt-Bureau: Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr:

## General-Versammlung

in der „Neuen Welt“, Hafensheide 108-114.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Generalversammlung in München.
2. Beratung der Anträge.
3. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung.
4. Neu- und Ergänzungswahlen für Angestellte in unserem Bureau.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

## Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bureau: Engel-Ufer 15 b. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4 Nr. 2789.

Sonnabend, den 9. Februar 1907:

## Gr. Wiener Maskenball

in den gesamten Räumen der

Aktienbrauerei Friedrichshain (am Königstor).

Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten. — Eintrittskarten a 50 Pf. sind bei allen Bezirksführern, Bezirksführern und in den Bezirkslokale sowie in unserem Verbandsbureau zu haben. 254/3  
Anfang präzis 8 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prinzess-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zementbranche.

## Gruppe der Rabitzputzer und Träger

Freitag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1):

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht und Neuwahl des Gruppenvorstandes.
2. Vorschläge zu den im Bureau tätigen Kollegen.
3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß alle Kollegen recht pünktlich und zahlreich erscheinen. Der Gruppenvorstand.

## Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Freitag, 8. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 8), Engel-Ufer 15:

## Bau-Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Artur Schmit: „Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen.“ 195/6
2. Diskussion.
3. Bericht der Vertrauensleute.
4. Verschiedenes.

Da in dieser Versammlung der Jahresbericht des Verbandes ausgegeben wird, ist es Pflicht, daß jeder Bau vertreten ist. Der Vorstand.

## Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Freitag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Schullokal, Grenadierstr. 37:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes, des Lehrer-Kollegiums und der Revisoren. 4/7
2. Schulangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Beiträge werden entzogen genommen.

## Fliesenleger!

Donnerstag, den 7. Februar, pünktlich abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 8):

## Versammlung der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Vorstandswahl. 3. Gewerkschaftliches. 4. Diskussion. Mitgliedsbuch legitimiert.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, für den zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agieren. Der Sektionsvorstand.

## Maskenanzüge

verleiht Quanter, Charlottenburg, Wallstr. 35.

## Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog in Empfehlung Aerzte u. Prof. grad. u. Dr. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

Die besten und von wirklichen Kennern am meisten geschätzten türkischen Cigaretten, welche in Aroma, Gehalt, Milde und reinem Geschmack von Cigaretten zum doppelten Preise nicht erreicht werden, sind

# JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Eine vollkommene Mischung der edelsten Eigenschaften feinsten türkischer Tabake. Mild, gehaltvoll, aromatisch und stets gleichbleibend

Josetti

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.







Nach die Bevölkerungszahl um 8560 und 8881; das sind für diese Monate ganz ansehnliche Zahlen. Im März gab es dann wieder einen Rückgang um 7067. Der April brachte einen Zuwachs von diesmal nur 6435, was für diesen Monat ungewöhnlich wenig ist. Im Mai, Juni, Juli, August, September belief sich das Plus auf 3412, 3977, 2273, 3963, 635. Im Oktober schmolte dann die Bevölkerungszahl plötzlich um 13 806 empor, im November stieg sie um weitere 3434, der Dezember aber brachte nur noch 1248. Auf die ersten neun Monate entfällt nicht viel mehr als die Hälfte des ganzen Bevölkerungszuwachses von 1906. Die zweite Hälfte wurde von den letzten drei Monaten geliefert.

Die Stichwahl im ersten Wahlkreis Berlins hat, wie unsere Leser aus der Mittwochnummer des „Vorwärts“ ersehen haben, für die Sozialdemokratie noch weniger Stimmen ergeben, als auf unseren Genossen Kronz bei der Hauptwahl abgegeben worden waren. Am 25. Januar hatten wir es auf 5042 Stimmen gebracht, am 5. Februar brachten wir es nur noch auf 4618 Stimmen, das sind reichlich 400 weniger. Im Jahre 1903 dagegen hatten wir in der Hauptwahl 5315, in der Stichwahl aber sogar 6233 Stimmen auf unseren Kandidaten vereinigt. Andererseits rückte der Freisinnskandidat von der Hauptwahl zur Stichwahl diesmal von 6067 auf 8033 Stimmen vor, während er damals nur von 4266 Stimmen auf 6607 vorrückte konnte.

Es wäre indes falsch, hieraus den Schluss zu ziehen, daß diesmal ein Teil unserer Wähler von der Hauptwahl bis zur Stichwahl etwa gar zu Raempfen abgewandert wäre. Solche vom Augenblick geborenen Schwankungen sind höchstens Gewohnheit der Wähler, die allerdings dahin zu lausen pflegt, wo sie einen ungewohnten Erfolg sieht. Wir sind unsere Wähler diesmal schon in der Hauptwahl losgeworden. Der Stimmenverlust, den uns die Stichwahl gebracht hat, ist daraus zu erklären, daß am 5. Februar ein erheblicher Teil unserer überzeugten Anhänger leider nicht an die Wahlurne gelangt ist, teils aus Entmutigung, die einem guten Sozialdemokraten unseres Erachtens nicht geziemt, teils wegen der Schwierigkeiten, auch am Stichwahltag bei ihrem „Vortreten“ noch einmal einen früheren Schluß der Arbeitszeit zu erwirken. Man beachte, daß die Wahlbeteiligung diesmal von der Hauptwahl zur Stichwahl beträchtlich nachgelassen hat! Vor vier Jahren wählten bei der Hauptwahl 12 844 Personen, bei der Stichwahl 12 840, also fast genau ebenso viel. In diesem Jahre wurden bei der Hauptwahl 13 174 Stimmen abgegeben, zur Stichwahl aber kamen nur noch 12 671 Wähler, das sind 500 weniger. Es versteht sich diesmal von selber, daß der Stimmenverlust, den die Stichwahl uns bei der Entmutigung mancher unserer eigenen Wähler bringen mußte, durch keinen Stimmenzuwachs aus den Reihen der Konservativen, der Bodenreformer usw. aufgehoben werden konnte. Diesmal haben alle bürgerlichen Parteien gemeinsame Sache gegen uns gemacht, wie fast überall im ganzen Reich so auch in Berlin. Alle sind in Berlin zum Freisinn übergegangen, dessen bedeutender Stimmenzuwachs nur so erklärt werden darf — alle, auch die lieben Bodenreformer. Daß die Bodenreformer einem Raempfen ihre Stimme geben konnten, dadurch haben sie sich denn doch vor aller Welt für immer gebrandmarkt.

Die Lehre, die diese Stichwahl gibt, ist längst keine neue und überraschende mehr. **Kein Dreingum** — das ist die Situation, in der sich die Sozialdemokratie allenthalben im ganzen Reich befindet. Desto mehr kann für uns die Forderung nur lauten: **Vorwärts**, an die Arbeit, an die Kullärung der noch mangelhaften Massen, die bei diesen Wahlen von der bürgerlichen Klasse als Stummbock gegen die Arbeiterklasse benutzt worden sind.

Der freisinnige Stadtverordnete Arnold Perls, der Herausgeber des „Beobachter“, ist gestern im Hansa-Sanatorium nach kurzer Krankheit gestorben. Perls stand im 51. Lebensjahre, vertrat zuletzt den 6. Gemeindevahlbezirk der II. Abteilung (vor dem Halleschen Tore), war Mitglied der städtischen Schuldeputation, des Ausschusses für die Wahlen von unbeforderten Gemeinbedienten, des Kuratoriums für die Stadtbibliothek und die städtischen Festehallen usw., Vorsitzender des Fortschrittlichen Vereins vor dem Halleschen Tore, stellvertretender Vorsitzender des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis und Mitglied der Fraktion der Neuen Linken im Roten Hause.

Das 25jährige Jubiläum feiert heute die Berliner Stadtbahn. Mit der tiefsten Entwicklung Groß-Berlins hat sich auch dieser Verkehr im Laufe der 25 Jahre immer mehr vergrößert. Anfangs unterschied man auf der Stadtbahn einen Lokal- und einen Fernverkehr; diezüge verkehrten in Abständen von 10—20 Minuten, der S-Bahnverkehr nur alle zwei Stunden. Die Zahl der Stationen ist inzwischen von 24 auf 36 gestiegen. Die Zahl der Verkehre anwuchs, bewies, daß z. B. auf dem Stadtbahnhof Friedrichstraße die Zahl derzüge von 102 auf 384 täglich (an Sonntagen sogar 422) gestiegen ist.

Schlittenunfall einer Opernsängerin. Die gegenwärtig in Berlin weilende Opernsängerin Theresia Centello von der Großen Oper in Paris hatte gestern gemeinsam mit ihrem Manne, dem bekannten Cellisten David le Svert eine Schlittenpartie nach dem Grunewald unternommen. Als der Schlitten auf der Rückfahrt die Stubenrauchstraße in Friedenau passierte, wurde er durch Schulknaben mit Schneebällen empfangen. Die Pferde schauten dadurch, sprangen heftig und mit großer Gewalt wurde das Fahrzeug gegen einen Baum geschleudert. Die Sängerin stürzte auf die Straße und zog sich an den Schultern und an der rechten Hand Verletzungen und Quetschungen zu. Ein Arzt in der Nachbarschaft leistete der Verunglückten die erste Hilfe.

Im Schnee erstarrt. Von einem traurigen Geschick ist in der vergangenen Nacht die Blätterin Rosa Schreiber aus der Grünthalerstr. 50 betroffen worden. Sie war spät von der Arbeit heimgekommen, und als sie durch den Humboldthain schritt, wurde sie plötzlich ohnmächtig und stürzte in den Schnee. Vorüberkommende Männer fanden die Unglückliche später völlig erstarrt auf und brachten sie in das Lazarus-Krankenhaus, wo sie erst nach mehrwöchiger ärztlicher Bemühung wieder ins Leben zurückgerufen werden konnte.

Eine traurige Aufführung hat jetzt das rätselhafte Verschwinden der 17jährigen Schneiderin Martha G. aus der Marktwirte 6 gefunden. Seit dem 16. Dezember war das junge Mädchen verschwunden. Gestern endlich wurde die Vermisste in der Nähe der Luisen-Brücke aus dem Teltow-Kanal als Leiche gelandet. Die Tote war fast bis zur Unkenntlichkeit entstell.

Eine größere Verkehrshinderung entstand gestern Abend um 6 Uhr an der Unterleitung am Brandenburger Tor. Der Stromabnehmer eines Wagens der Charlottenburger Straßenbahnlinie O hatte sich im Kanal festgeklemmt und ließ sich nicht hochziehen. Um ihn zu entfernen, mußte der Pfug abgeschlagen werden. Bis zur Beseitigung des Hindernisses, für die Dauer einer Stunde, mußten die nach dem Kupfergraben führenden Linien am Brandenburger Tor umlegen.

Der Schneewind ist auf Beschluß des Komitees wie folgt aufgeteilt: 7500 M. sind für die Opfer des russischen Freiheitskampfes und 2500 M. der sozialdemokratischen Partei überwiesen worden. Das übrige Geld ist zum Teil für die Beerdigungskosten und zur Unterstützung der Angehörigen des Verstorbenen verwendet worden. A. B. Dräger. Ditto Handte.

Feuerwehbericht. In der letzten Nacht kam in der Immanuel-Kirchstraße 7 Feuer aus. Holz brannte dort um 11 Uhr. Wegen eines Kellerbrandes wurde die Wehr fast gleichzeitig nach der Friedrichstraße 105 gerufen. Hausrat brannte dort. Am Weidenweg 23 mußte ein Schaufensbrand gelöscht werden und in der Dresdenerstraße 11a ein Küchenbrand. Ferner hatte die Wehr in der Jonastraße 4 und Andreadstraße 39 zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

Mit dem Thema: „Die indirekten Steuern“ beschäftigte sich am Freitag eine von der hiesigen Ortsverwaltung des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands einberufene Protestversammlung. Der Referent Genosse Stadt. Wuytch behandelte zunächst die indirekte Besteuerung des Volkes im allgemeinen und kam alsdann auf die indirekten Kommunalsteuern (Kraut-, Lustbarkeits- und Biersteuern) im besonderen zu sprechen. Diese Steuern, meinte Redner, bilden eine ergiebige Steuerquelle der deutschen Städte und nicht zum mindesten habe Rixdorf eine erhebliche Bier- und Lustbarkeitssteuer eingeführt. Es ziehe gegenwärtig 85 000 M. aus derselben und belaste die Gastwirte ganz erheblich. Abhilfe können die von dieser Steuer betroffenen Kreise nur erwarten, wenn sie bei den Stadtverordnetenwahlen für die Sozialdemokratie eintreten, die gegen jede Art der indirekten Steuer sei. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat wurde eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammelten zunächst mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und betonten, daß die Bier- und Lustbarkeitssteuern nur eine indirekte Belastung der Konsumenten und Kleinverdienenden sind. Zum Schluß wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bei der diesjährigen Etatberatung die Steuer auf Bier und die Lustbarkeits- und Vergnügungssteuer aufhebt. Hoppe, der Stadtverordneter und Mitglied der betreffenden Kommission ist, zeigte an einigen Beispielen, wie durch die Lustbarkeitssteuer die kleinen Geschäftskreise belastet werden. Zum Schluß forderte Wendi die Versammelten auf, sich einer Genossenschaftsbrauerei anzuschließen, da bald eine weitere Verteuerung des Bieres zu erwarten sei. Mit der Aufforderung, stets am Platze zu sein, wenn es gilt Vertreter der Sozialdemokratie ins Stadt- und Reichsparlament zu senden, schloß der Vorsitzende Kaiser die Versammlung.

### Charlottenburg.

In eine Schaufensterscheibe gestürzt ist der Fensterputzer Karl Kommer. Er hatte die Schaufensterscheibe eines Restaurants in der Wilmersdorferstraße zu reinigen und bestieg zu diesem Zwecke eine gegen die Hauswand gelehnte Leiter. Bei der Arbeit rutschte die Leiter ab und K. fiel in die Scheibe hinein. Er erlitt erhebliche Schmitunden im Gesicht und an den Händen und mußte nach dem Krankenhaus übergeführt werden.

### Steglitz.

Hans Großmann. Die „Steglitzer Zeitung“, die sich als Mieterorgan bezeichnet, im Wirklichkeit aber nur ein Ableger des Hausbesitzerorgans „Steglitzer Anzeiger“ ist, nimmt in ihrer Nummer 27 wieder einmal beide Baden voll. In einer Stelle nennt sie den Mieterverein „die mächtigste kommunalpolitische Organisation unseres Ortes“, an einer anderen renouciert sie: „Der Mieterverein steht so fest, daß er moralisch und numerisch die Gegner (Sozialdemokraten und Hausbesitzer) einfach über den Haufen rennt, sobald er nur will.“ Vorgängiger Abschnitt. Doch besetzen wir uns die „mächtigste Organisation“ einmal bei Lichte. Am Tage vorher brachte das Blattchen einen Bericht über die Generalversammlung des Mietervereins, in dem auch der vom Schriftführer verlesene Jahresbericht wiedergegeben wurde, der folgende durchaus nicht „mächtig“ aussehende Stellen aufweist: „Leider hat die Tätigkeit des weitaus größten Teiles unserer Mitglieder an den Bestrebungen unseres Vereins in bedauerlicher Weise gegen die Vorjahre nachgelassen. Unsere Mitgliederversammlungen tranken mit wenigen Ausnahmen an schwachen Besuchen, selbst die Vorstandssitzungen hatten unter der Teilnahmslosigkeit einer Anzahl Vorstandsmitglieder zu leiden.“ Wenn es dann weiter heißt: „Als ein erhellendes Ereignis ist das Nichtfein des Steglitzer Spar- und Bauvereins (eine Gründung des Mietervereins, D. V.) bei dem ersten großen Genossenschaftshaus zu erwähnen“, so glauben wir, daß mit dem Nichtfein auch das „Erhellende“ ziemlich vorbei war, denn die angeblich „so sehr begehrten billigen Wohnungen“ weder von den Genossenschaftlern selbst, noch von den übrigen Mitgliedern des Mietervereins, denen sie später angeboten wurden, begehrt wurden, so daß sie jetzt öffentlich für jeden Mietslustigen ausgedoten werden und trotzdem eine ganze Anzahl noch nicht vermietet ist. Aus diesen Tatsachen etwas „Mächtigvolles“ herauszubestillieren, gelingt wohl nur der „Steglitzer Zeitung“. Aber bestimmen wir auch einmal den Hercules „Mieterverein“, wie er die Gegner einfach über den Haufen rennt, sobald er nur will. Bei der Hauptwahl im März v. J. erzielte der Mieterverein 734, die Hausbesitzer 559 und die Sozialdemokratie 226 Stimmen. Mit 734 Stimmen 1485 Gegner über den Haufen zu rennen, diesen vertegenen Gedanken kann doch nur jemand fassen, der an unheilbarem Größenwahn leidet. Die naute Tatsache ist doch, daß es bis jetzt dem Mieterverein nicht möglich war, auch nur ein einziges Mandat aus eigener Kraft zu erringen. Sämtliche Mandate, die er besitzt, hat er in den Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie mit Hilfe der Hausbesitzer erhalten. Wenn trotzdem auch in dem Jahresbericht gesagt wird, daß der Mieterverein in allen Wahlen den Sieg über die Gegner errungen habe und dadurch bewiesen sei, daß zum mindesten die dritte Wählerklasse treu zu seiner Fahne halte, so ist das nichts als leere Großtuer.

### Lichtenberg.

Auf zu neuem Kampfe. Durch den Reichstagswahlkampf der letzten Wochen haben die Wählerlisten zu den Gemeindevahlen naturgemäß nicht die Beachtung gefunden, wie dies in normalen Zeiten der Fall gewesen wäre. Und doch steht die Lichtenberger Arbeiterkassette vor einem neuen Wahlkampf. Im März d. J. finden die Gemeindevahlen statt. Die Vorbereitungen zu diesen Wahlen müssen mit um so größerer Intensität aufgenommen werden, als fast um die gleiche Zeit eine Landtagswahl für den Kreis Ober- und Niederbarnim stattfindet. Der Landtagsabgeordnete Professor Irmer hat bekanntlich sein Mandat infolge seiner Beförderung in den Staatsdienst niedergelegt. Voraussichtlich wird aber auch Lichtenberg noch im Laufe des Jahres seine erste Stadtverordnetenwahl vornehmen lassen. So bietet sich also nur allzu reichlich die Gelegenheit für die Arbeiterkassette, erneute fruchtbringende Arbeit zu leisten. In den bürgerlichen Vereinen gibt man sich bereits der Illusion hin, diesem 25. Januar einen zweiten folgen zu lassen. Die „irreglementierten Arbeiter“ sollen in den bevorstehenden Kämpfen für die „nationale“ Sache gewonnen werden. Hoffentlich zerstört die Arbeiterkassette diese bürgerliche Illusion vollständig. Die diesjährige Wählerliste weist 11 281 Wähler mit einer Steuersumme von 1 052 402 M. auf. 1906 waren es 10 159 Wähler mit 926 511 M. Steuern. Die Zahl der Wähler verteilt sich auf die einzelnen Klassen wie folgt: Die erste Klasse umfaßt 81 Wähler mit einer Steuersumme von 420 892,14 M., der Höchstbesteuerte zählt 40 447 M. und der Niedrigstbesteuerte 1433 M. Auf die zweite Abteilung entfallen 1200 Wähler mit einer Steuersumme von 419 614 M.; hier zählt der Niedrigstbesteuerte 87,30 M., und auf die dritte Wählerklasse entfallen 9920 Wähler, die 211 895,77 M. Steuern aufbringen. Die 1941 Wähler der ersten und zweiten Abteilung beantragen von den 24 Mandaten 16, während den 9920 Wählern der dritten Abteilung 8 Mandate überlassen sind. Es hat ein Wähler der ersten Abteilung genau soviel wie 122,40 Wähler der dritten Abteilung.

Wie sagte doch der „Führer“ unseres Kommunalfreisinn anlässlich der Beratung des Antrages unserer Genossen, der eine Petition an den preussischen Landtag zwecks Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts in der Kommune forderte: „... Das heutige Kommunalwahlrecht zu ersetzen durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, auch ausgedehnt auf die Frauen, hiesse das heutige Wahlrecht durch ein Wahlrecht ersetzen.“ Wähler! An die Arbeit! Fort mit den Wahlrechtsfeinden!

### Weißensee.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung war eine der denkwürdigsten Weissenfese, da, wie wir bereits mitgeteilt, Genosse Schmutz als Kreislagabgeordneter gegen den besoldeten Schöffen Dr. Pape gewählt wurde. Schon am Anfang der Sitzung zeigte es sich, daß etwas in der Luft schwebte. Der Vorsitzende des Hausbesitzervereins erwartete sehnlichst keine sammeligen Namen. Die Erschienenen wurden orientiert, daß Dr. Pape Kandidat sei. Verdächtige Gesichter zeigten denn auch die Freunde dieses Herrn, als sie merkten, daß Genosse Schmutz schon 3—4 Stimmen seinem Gegenkandidaten voranz war. Schon vorher forderte Herr Dr. Pape unsere Genossen heraus. Bekanntlich mußten an Stelle des Genossen Laubmann, der seinerzeit als Mitglied des Kuratoriums der höheren Schule in Vorschlag gebracht war — von der Provinzialkassendebatte und dem Minister aber nicht bestätigt wurde — andere Vorschläge gemacht werden. Unsere Genossen beantragten, da Gründe bei der Nichtbestätigung nicht angegeben waren, Laubmann wiederzuwählen. Diese Gelegenheit benutzte Herr Dr. Pape, um seinen ganzen Haß gegen die Sozialdemokratie auszusprechen; er ging sogar so weit, daß er Sozialdemokraten jedes Recht, öffentliche Ämter zu bekleiden, absprach. Diese Anrempelungen wurden ihm später gründlich heimgepagelt. Wie überall, so fielen auch hier die bürgerlichen Vertreter um und wählten einen der ihrigen zum Mitgliede des Kuratoriums. — Daß aber Herr Dr. Papes Auftreten auch den bürgerlichen Herren nicht mehr gefäll, zeigte sich bei dem Bericht über eine außerordentliche Revision der Gemeindekasse, die auf Veranlassung des Landrates stattfand. Der Referent teilte mit, daß Herr Dr. Pape als Stellvertreter des Gemeindevorsteheren an der Revision teilzunehmen hatte. Diesen Auftrag respektierte P. insofern nicht, als er ohne Entschuldigung der Revision fernblieb und erst nach erfolgter Revision erschien und die Bücher — ohne Einblick genommen zu haben — mit seinem Revisionsbericht unterzeichnet, natürlich unter Protest der übrigen Herren. Dieses Gebahren gab dem Genossen Schmutz Veranlassung, die Pflichtvergessenheit des gut dotierten Beamten auf allen Gebieten seiner Tätigkeit zu geißeln. Dr. Pape ignorierte in letzter Zeit die Beschlüsse der Gemeindevertretung als auch der Kommissionen, er erscheine überhaupt nicht zu den Kommissionssitzungen, so daß die in seinen Dezernaten liegenden Geschäfte vernachlässigt und verschleppt würden. Statt dessen bombardiert er die ehrenamtlich tätigen Gemeindevertreter mit Schmähungen und schriftlichen Angriffen. Hageblitz sausten die Vorwürfe unter lautloser Stille des Hauses auf Dr. Pape nieder. Ein Antrag, das Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung einzuleiten, war der Schlusschleier der vorzüglichen Rede. Herr Leh sprach seine Verwunderung darüber aus, daß Herr Dr. Pape über alle diese Angriffe so gelassen hinweggehe; die Bürgerkassette verlange, daß er sich verteidige, sonst müsse man annehmen, daß sich alles so verhalte, wie hier angeführt. Auf diese Aufforderung hatte Herr Dr. Pape die Antwort: „Im Disziplinarverfahren werde ich auf diese Angriffe eingehen.“ Herr Rechtsanwalt Appeltath geißelte den letzten Mißbrauch und bestätigte die Ausführungen des Genossen Schmutz, ebenso Herr König und auch der Vorsitzende. Sogar die Freunde Papes berührte sein Schweigen unangenehm; sie hatten nur die Erklärung, Herr Dr. Pape müsse doch Gründe haben zu schweigen. Die Abstimmung ergab eine große Majorität für den Antrag Schmutz. Ein Unterantrag des Schöffen Rathmann auf sofortige Amtsenthebung erregte eine heftige Debatte. Herr Raspe konnte es sich nicht verbieten, den Vorwurf zu erheben, daß man hier den Sozialdemokraten die Steigbügel halte, wohl zum Dank, daß Herr Rathmann auf sozialdemokratischen Kräften zum Schöffen gewählt wurde, was Herrn Rathmann veranlaßte zu erklären, er sei stolz darauf, mit Hilfe der sozialdemokratischen Stimmen sein schon immergehabtes Amt weiter zu bekleiden. Auch die heftige Debatte hatte es nicht verhindert, daß auch der Antrag Rathmann mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen wurde. Jetzt erhob sich Herr Dr. Pape und verließ den Saal mit den Worten: „Nun brauche ich wenigstens gar nichts mehr zu tun!“

Der Schlusssatz der Tragödie darf mit Spannung erwartet werden.

### Ober-Schöneweide.

Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern nachmittags um 2 1/2 Uhr im Rabelwerk Oberpre. Dort kam ein Arbeiter der eisernen Stange einer Elektrizitäts-Prüfungsstelle zu nahe; er erhielt einen elektrischen Schlag, welcher sofort den Tod des Bedauernswerten zur Folge hatte. Der Tote war 26 Jahr alt und Vater von zwei Kindern.

### Potsdam.

Ein Bauunfall ereignete sich gestern vormittag am Stadtschloß. Dort fiel der 41jährige Arbeiter Hans Winkelmann, Lennepstr. 20 wohnhaft, bei der Ausführung von Maurerarbeiten infolge eines Fehlritzes von einer Leiter in den Schloßhof, wo er mit erheblichen äußeren Verletzungen liegen blieb. B. wurde in einem Krankenhause nach dem städtischen Krankenhaus gebracht und befindet sich außer Gefahr. Beim Sturz zog er sich eine große Kopfverletzung sowie Arm- und Beinverletzungen zu.

## Gerichts-Zeitung.

### Andehnung des Begriffes „höhere Gewalt“ zugunsten einer Strafbahn.

Zu einer neuen bedeutsamen Entscheidung über den Begriff der „höheren Gewalt“ in dem oben angedeuteten Sinne kam kürzlich der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts. Die in diesem Rechtsstreit vertretene minderjährige Klägerin benutzte am 28. Juli 1904 einen Motorwagen der Dresdener Straßenbahn. Rößlich fuhr mit rasender Geschwindigkeit ein durcheinander laufendes Gefährt in den Motorwagen und zertrümmerte mit der Deichsel die eine Längsseite des Wagens. Hierbei wurde auch ein Unterschenkel der Klägerin verletzt. Dies gab den Anlaß zu der vorliegenden Schadenersatzklage.

Das Landgericht und Oberlandesgericht Dresden erkannten auf Verurteilung der Beklagten, indem sie den Einwand der Strafbahn, daß der Unfall durch „höhere Gewalt“ veranlaßt worden sei, verworfen. Das Oberlandesgericht legte dar, daß der Begriff der höheren Gewalt in einem engeren Sinne aufzufassen sei. Es handle sich hier um den Gefahrenkreis des Betriebes, und habe der Betriebsunternehmer die Haftung für den Unfall zu übernehmen, der sich in dem gewöhnlichen Gefahrenkreis des Betriebes ereignet. Das Zusammenstoßen von Strafbahn und Motorwagen sei etwas Alltägliches und geböre in den gewöhnlichen Gefahrenkreis, für welchen höhere Gewalt ausgeschlossen zu gelten habe.

Auf die Revision der Beklagten wurde das oberlandesgerichtliche Urteil vom Reichsgericht aufgehoben und die Klage abgewiesen. Der VI. Zivilsenat nimmt das Vorliegen eines Betriebsunfalls an, erachtet aber in diesem Falle den Einwand der „höheren Gewalt“ für durchgreifend, denn es handle sich hier um Vorgänge, die den Charakter eines elementaren Ereignisses tragen, da durch das Herankommen des fahrerlosen Motorwagens nicht nur ein Fahrgast verletzt, sondern auch das Betriebsmittel selbst zerstört worden ist. Diese Folge habe aber die Bahn nicht abwenden können.

Diese Ausdehnung des Begriffes „höhere Gewalt“ und Einschränkung der Haftung der Eisenbahnen widerspricht der Tendenz des Haftpflichtgesetzes.

### Der beleidigte Courier des Zaren.

Ein Beleidigungsprozeß, den der russische Staatsbedollmächtigte Generalmajor Fedor von Tscherep-Spiridowitsch gegen den Redakteur Mjlo angeklagt hatte, sollte gestern vor der 148. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte zur Verhandlung kommen. Gegenstand der Anklage bildete ein Artikel, welcher am 24. September

1904 in dem „Berliner Tageblatt“ unter der Spitzmarke „Ein Schwager“ erschienen war. Dieser beschäftigte sich mit verschiedenen Episoden aus dem Leben des russischen Generals von Alexejew und befaßt sich auch mit der Persönlichkeit des jetzigen Klägers von Tichonow, der in politischen Kreisen Russlands eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Ueber den Kläger wurde u. a. in Erwähnung gebracht, daß er nach dem Vorbilde eines russischen Großfürsten große Summen, die ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied des Roten Kreuzes übergeben waren, anlässlich des russisch-japanischen Feldzuges nicht in der Weise verwendet haben sollte, wie es von den mildtätigen Spendern eigentlich beabsichtigt gewesen war. Hierbei sollte eine Kassetten mit einem Inhalt von 300 000 Rubeln eine gewisse Rolle spielen, in der später nur ein ganz geringer Betrag wiedergefunden wurde. In dem inkriminierten Artikel wurde ferner von einem Telegraphenbureau berichtet, welches der General Alexejew in Paris eröffnet haben und welchem der damalige Oberst v. Spiridonowitsch vorgestanden haben sollte. Dieses Bureau sollte angeblich Mitteilungen über das englisch-japanische Bündnis in die Öffentlichkeit bringen, um für die russisch-französische Verbrüderung Stimmung zu machen. Außerdem sollte der Kläger in Aufschluß hieran von dem General Alexejew hohe Summen gefordert haben, andernfalls er alle möglichen Geschäften interner Art veröffentlichen würde. Die in diesem Artikel behaupteten Tatsachen sollen, wie Rechtsanwalt Arthur Rosenfeld als Vertreter des Klägers vor Gericht behauptete, sämtlich unzutreffend oder zum mindesten entstellt sein. Seitens des Beklagten Njko wurde durch dessen Prozessvertreter, Justizrat Roffe, der Antrag gestellt, die Verhandlungen zu vertragen und sowohl den russischen und serbischen Gesandten, wie auch den General von Alexejew über die in dem Artikel behaupteten Dinge kommissarisch zu vernehmen. Der Vertreter des Klägers widersprach diesem Antrage mit der Motivierung, daß es sich um extraterritoriale Persönlichkeiten handle, deren Vernehmung nicht nur mit großen Schwierigkeiten verknüpft sei, sondern auch ergebnislos verlaufen würde. Das Gericht sagte nach längerer Beratung folgenden Beschluß: Es wurde dem Beklagten aufgegeben, binnen vier Wochen eine schriftliche Erklärung des russischen wie auch des serbischen Gesandten an Gerichtsstelle einzureichen, in welchem diese sich bereit erklären, sich vor einem deutschen Gericht vernehmen lassen zu wollen. Außerdem soll Beklagter in derselben Frist den jetzigen Aufenthaltsort des Generals v. Alexejew ermitteln und ihn dem Gericht mitteilen, damit dieses in die Lage kommt, mit der russischen Staatsbehörde über eine eventuelle kommissarische Vernehmung des Generals in Unterhandlungen zu treten. Die Sache fiel aus diesen Gründen der Verurteilung anheim.

Und scheint in dem Beschluß eine arge Verzerrung des Wahrheitsbeweises zu liegen. Der prozessuale Widerspruch des Klägers Vertreters gegen einen Wahrheitsbeweis hätte zur Abweisung des Klägers genügen sollen.

#### Som Kampf gegen die Polen.

Die alte polnische Familie derer von Joltowski, die mit Grundbesitz reich begünstigt ist, hatte unter dem Namen „Joltowicz rozbinn Joltowski“ einen sogenannten Familienverein gegründet, der nach seinem Statut die Wahrung und Förderung des Ansehens und der Wohlfahrt der Familie von Joltowski bezweckt. Der Verein (Sitz Posen) war auch in das Vereinsregister eingetragen worden. Er beschloß nun später, das Statut durch Einfügung eines § 9a zu ergänzen. Dieser enthält eine ganze Anzahl Bestimmungen, welche die dem Verein angehörenden Mitglieder der Familie von Joltowski in ihrem Eigentumsrecht an Grund und Boden beschränken, mit der Maßgabe, daß bei Zuwiderhandlungen erhebliche Konventionalstrafen verfallen. Kein Mitglied darf von seinem Grund und Boden an Nichtmitglieder der Familie etwas veräußern. Dem Verein wird unter gewissen Voraussetzungen ein Vorkaufsrecht zugestanden usw. Einleitend rechtfertigt § 9a die Vorschriften selber damit, daß das Ansehen der Familie in erster Linie nur damit gefördert werden könne, daß ihr Grundbesitz in der Familie verbleibe.

Gegen die Eintragung dieser Ergänzung des Statuts durch den § 9a in das Vereinsregister erhob der Posener Polizeipräsident Einspruch gemäß § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, weil der Zweck der Statutenänderung nicht ein familiärer, sondern in Wirklichkeit ein politischer sei. Er zielt darauf ab, polnischen Besitz nicht in deutsche Hände kommen zu lassen.

Der Bezirksausschuß wies die hiergegen gerichtete Klage des Vereins ab und erklärte den Einspruch des Polizeipräsidenten für gescheitelt. Ein Verein verfolge politische Zwecke im Sinne des § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wenn er bezwecke, auf den Gang der Gesetzgebung oder der staatlichen und kommunalen Verwaltung einen Einfluß auszuüben. Ob eine solche Absicht bestehe, dafür sei nicht ausschließlich der Wortlaut der Statuten maßgebend. Es könne auch aus der sonstigen Sachlage gefolgert werden. Hier sei nun offenbar, daß die beabsichtigte Statutenänderung des Vereins ihn zu einem solchen mache, der politische Zwecke verfolge. Der Kampf der preussischen Regierung gegen die polnischen Bestrebungen sei bekanntlich in der Hauptsache auch ein Kampf um den Grundbesitz. Wie der Polizeipräsident mit Recht aus Zeitungsaufstellungen entnehmen wollten die Polen zu dem Zweck Familienverbände gründen, um die Maßnahmen der preussischen Regierung und Verwaltung auf Erhaltung und Erweiterung des Grundbesitzes in den Ostmarken zu verhindern und zu beschränken. Somit wolle der Verein durch den § 9a politische Zwecke verfolgen.

Der Verein legte Berufung ein beim Ober-Verwaltungsgericht, wo er durch Justizrat Lewinski vertreten wurde. Der Vertreter machte hauptsächlich geltend: Allerdings könne nach Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts die Verfolgung eines politischen oder sozialpolitischen Zweckes durch einen Verein aus gefolgert werden aus dem Verhalten seiner Organe und Mitglieder, aus der gesamten Tätigkeit des Vereins, aus der Gesamtheit seines Auftretens und Wirkens. Dafür liege hier indessen nicht das allergeringste vor. Die allgemeinen Erwägungen des Polizeipräsidenten und sein Hinweis auf Zeitungsaufstellungen, welche mit dem Familienverein der von Joltowski nicht den geringsten Zusammenhang hätten, müßten ganz ausscheiden. Das Ober-Verwaltungsgericht änderte auch am 1. Februar die Vorentscheidung ab und hob den Einspruch des Polizeipräsidenten gegen die Aufnahme der Satzungsänderung in das Vereinsregister auf. Entscheidend sei gewesen, daß der dem Polizeipräsidenten obliegende Nachweis fehle, daß mit der Änderung der Statuten ein politischer Zweck verfolgt werde.

**Verband der Freicurgassen Deutschlands.** Zweigverein Berlin und Vorort. Donnerstag, den 7. Februar, abends 9 1/2 Uhr, Rosenthalerstraße 11/12: Versammlung.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 10, Aufgang 4 eine Treppe (Gandelsstraße 21), am Dienstag, den 10. Februar, abends 7 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Nächste 7 Uhr-Sprechstunde beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

**§ 6. 80.** Da die Erhebungen nicht vorgenommen haben, hat Ihre Reklamation wenig Aussicht auf Erfolg. — **§ 10.** Die österreichische Heimaufsicht ist untertänig verpflichtet. Ihre Kinder sind somit untertänig verpflichtet, als sie dazu in der Lage sind, ohne den Unterhalt ihrer eigenen Familie zu beeinträchtigen. — **§ 74. 1.** Eine das Schriftbild, durch welches Ihr Bruder Rechte verlor hat, zu kennen, ist Ihre Frage nicht zu beantworten. 2. Ja, wenn kein gegenwärtiges Testament vorliegt. 3. Ja. — **§ 144. 1.** und 2. Rein. — **§ 7. 1.** und 2. Rein. — **§ 38.** Altersgrenzen gibt es dabei nicht. — **§ 52. 1.** Eine Klage gegen die Kasse, die zunächst bei der Gewerbesteuerabgabe anzubringen wäre, Strafrechtlich 1 bis 3, hat Aussicht auf Erfolg. 2. Daumenschlüssel — **150. 1.** Ja. 2. Und nicht bekannt.

**§ 23. 100.** Sie können nur bis am 15. zum 1. kündigen, wenn Sie nichts anderes vereinbart haben. — **§ 26. 1.** und 2. Der Mietschuldner ist für das gesamte Jahr zu zahlen. Wohnen Sie eine Wohnung nur einen Teil des Jahres, so ist auch für diesen Teil des Jahres die Mietschuld zu zahlen. — **§ 27. 1.** Das Landgericht im Wohnort des Uebermieses ist für die Befreiungsbewilligung zuständig. 2. Uns nicht bekannt. Durch Bewilligung des Armenrechts verlieren Sie keine politischen Rechte. — **§ 22.** Sie müßten auf Rückgabe des Bescheides klagen. — **1701 und 1901.** Die beiden Könige. — **Vormund 5.** Sie können sich an das Vormundschaftsgericht wenden. — **Erben 100.** Erben können ohne gerichtliche Ermächtigung den Nachlass unter einander teilen. — **Ausgebreitet 303.** Ihr Bruder hat keinen Anspruch der Kasse gegenüber. Diese wendet sich nachher zwecks Erstattung an den Führer. — **§ 21. 1.** und 2. Dies Recht steht Ihnen nicht zu. 3. Wahrscheinlich sind die Baupolizeibehörden, die für die einzelnen Orte verschieden lauten. — **§ 29. 9.** Nur die Hauptmahl findet an demselben Tage statt, die Stichwahl ist vom Wahlkommissar anzubereiten. — **§ 22. 1.** Ja. 2. Etwa 50 bis 60 Mark. 3. Eine Vormundschaft gibt es in solchem Falle nicht. — **Sozialdemokrat 36.** Da keine ausdrückliche Bestimmung vereinbart ist, würden Sie mit einem Prozeß auf Zahlung der Unkosten nicht durchbringen. — **§ 100.** Soweit ersichtlich, sind Sie zur Zahlung des Bescheides verpflichtet und können nur Klage nehmen. — **§ 21.** Die Stempelgebühr ist richtig berechnet. — **Streitende Feinigungsmonitore.** Sie sind im Unrecht. — **Veteran 85.** Das Gesetz ist an den Polizeipräsidenten zu richten. — **1. 1.** Das ist möglich. 2. Ja. 3. Etwa 75 Mark. 4. Sie müssen den betreffenden Fall schildern. Auf allgemeine Fragen kann nicht geantwortet werden. — **§ 23. 16.** Rein. — **Zwei Streitende 6.** Ja. — **§ 22. 1.** Ja. 2. Wenn Sie in dem Termin nicht erscheinen, so werden Sie durch Veräußerungsurteil zur Zahlung verurteilt. Auf Grund schriftlicher Vollmacht kann der Mann die Frau oder die Frau den Mann vertreten. 3. Ohne Zustimmung des Klägers geht die Klage nicht rückgängig zu machen. — **§ 13.** Die Forderung kann auch heute noch durch den Gerichtsvollzieher beigetrieben werden. Wenn die Klägersin ihren ihr etwa durch Vertrag oder durch das Urteil auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommt, so müßten Sie auf Aufhebung des ergangenen Urteils klagen. — **§ 6.** Die Armenverwaltung könnte klagen und dann pünden. — **Aufstrome 28.** Leider ist die Gesundheit zu dem Abzug berechtigt. — **§ 4. 113.** Ja, wenden Sie sich an die Osthager Krankenkasse, Pringelstr. 66, bei Hinz. — **§ 2. 1.** Rein. — **§ 2. 40.** Wir vermögen Ihnen niemand nachzuweisen, der Darlehen zahlte. — **Liebenwalder 5. 2. 3. 1.** Der von dem Minderjährigen geschlossene Vertrag ist gültig, wenn er denselben nach der Volljährigkeit anerkennt hat. Sonst ist er ungültig. 2. Wenn Sie nicht nachweisen, daß innerhalb der Empfangszeit auch von anderer Seite Rechte eingeklagen ist, so haben Sie Elemente zu zahlen. Etwa 20 M. monatlich werden als angemessen erachtet. — **§ 75.** Wird ein Haus verkauft, so bleiben die Mietsverträge trotzdem bestehen. Eine Ausnahme besteht nur für den Fall gerichtlichen Zwangsverkaufs. In solchem Fall kann der neue Miets bis am 3. Tage des Quartals, welches auf die Veräußerung folgt, auf längere Zeit gültige Verträge zum Schluß des Quartals kündigen. — **§ 6. Ober-schneeweide.** Geringfügige Körperfehler, die eine vorläufige Zurückstellung, aber noch nicht die Erklärung zur Dienstuntauglichkeit rechtfertigen. — **§ 100.** Der Betroffene könnte sich an die Armenverwaltung beschwerend wenden. — **§ 100.** Bestimmte Normen sind nicht festgesetzt. Der mit Kindern geeignete würde voraussichtlich nicht, der Ledige etwa monatlich 10 M. zu zahlen haben. — **Reichert 54. 1.** und 2. Der Militärkassas wäre zu verlagern, die Klage hat innerhalb eines Jahres nach Ausscheiden aus dem Militärdienst zu erfolgen. 3. Leider ist das noch einigen Anknüpfungspunkten möglich. — **§ 4. 2.** Stellen Sie Schadenersatzanspruch gegenüber der Eisenbahndirektion, indessen hätte eine Klage wenig Aussicht auf Erfolg. — **§ 26. 26.** Sie sind zum Unterhalt nicht verpflichtet. — **§ 1025.** Sie können das Geschäft erlösen, die Erlösung haben Sie dem dortigen Magistrat und der Polizeibehörde mitzuteilen. — **§ 10.** Die Vermögensfrage. Sie sind als Reimannschaft leider nicht krankenversicherungspflichtig. — **§ 3. 1.** Charlottenburg 78. Sollten Sie in Güte Ihren Mann nicht veranlassen können, hinreichend zum Unterhalt beizutragen, so verlagern Sie ihn beim Gericht auf Zahlung eines hinreichenden Unterhalts. — **§ 2. 19.** Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. — **§ 3.** Leider ja, sofern sie nicht aus der Kirche austritt. — **Altred 10007.** Zwerchnäher ist ein neues Mittel. — **Alter Abnehmer 300.** Der Antrag wäre zulässig. — **§ 2. 5. Ja.** — **§ 2. 1880.** Wenn Sie im Termin nicht erscheinen, so werden Sie durch Veräußerungsurteil zur Zahlung verurteilt. — **§ 7.** Haben Sie schriftlich die jetzt verlangte Summe mit Ihrem Anwalt vereinbart, so kann derselbe diese fordern, sonst stehen ihm nur etwa 20 M. zu. — **§ 100.** Beide Fragen sind leider zu bejahen. — **§ 1500.** Wenn nicht auf Chiroliert erkannt ist, ja. — **Verabschied. Ja.** — **§ 100.** Die Zahlung der Forderungen kann von einem Vorstich abhängig gemacht werden. Sie können nachträglich den verlangten Vorschuß einzahlen. — **§ 16.** Derartige Unternehmen existieren, wir müßten es aber gründlich ablehnen, irgend welche Firmen durch den Briefkasten zu empfehlen. Im Adresskalender II. Teil finden Sie Auskunft. — **§ 17a.** Zwei absolut gleiche Blätter, Rassen und Charaktere werden Sie schwerlich finden. — **Klein 8. 44.** Um Altersrente zu erhalten, müßten Sie wenigstens 660 geklebte Marken nachweisen. — **§ 2.** Uns nicht bekannt. — **§ 2. 100. 1904.** — **§ 3. Klage.** Schriftliche Antworten lehnen wir ab.

#### Eingegangene Druckchriften.

**„März“,** Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausg.: A. Thoma, D. Heise, K. Langen, R. Kram. Erstes Jahrgang 1907. Preis 1,20 M. im Abonnement das Quartal (6 Hefte) 6.— M. Verlag von Albert Langen in München.

**Dr. A. Käper,** Gesammelte Schriften. Band 1: Lösung der sozialen Frage. Preis: gebunden 2.— M. brosch. 1,50 M. Verlag: J. Neumann, Berlin SW. 48.

**Zeichnungsabgaben** auf natürlichen Wasserstraßen nach dem deutschen Reichsrecht von R. Peters. 1,20 M. — **Die Fortbildung des Verkehrs in völkerrechtlichen Streitigkeiten** von D. Nippold. Preis: 14.— M. Verlag: Duncker u. Humblot, Leipzig. — **Die Mutter als Kinderärztin** von Johanna Eberskirchen und Anna Escholdt. 253 Seiten, geb. — **Pflanze, Tier, Mensch.** Ein naturwissenschaftliches Glaubensbekenntnis von R. Kummer. Preis: 3.— M., geb. 4.— M. — **Aufklärungen** über das Wesen der Nerven- und Herzkranheiten und die neueste Methode ihrer Behandlung von Dr. P. Raab. 108 Seiten. Verlag: Seitz u. Schauer in München.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 69-74 pr. 100 Lb., IIa 63-68, IIIa 57-62, IVa 49-55, das Bullen 60-65, holl. 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 110-125, Ia 82-90, IIa 72-80, IIIa 54-68, holl. 0,00, holl. 60-68. Hammelfleisch Ia 66-74, IIa 50-64, Schweinefleisch 22-60. Rehwild, plomb. per Lb. 0,70, Ia 0,00, Rotwild Ia 0,40-0,48, IIa 0,30-0,38, do. Rälber 0,40-0,50, Damwild 0,40-0,55, do. Rälber 0,40-0,66. Wildschweine 0,30-0,40, Ferklinge 0,60-0,70. Gänse, plomb. per Stück 3,40, do. klein und IIa 2,00. Kaninchen per Stück 0,80-1,00. Wildenten per Stück 0,00, Gänser, alte per Stück 1,60-2,75, do. IIa 1,25-1,40, do. junge per Stück 0,35-1,40. Tauben per Stück 0,50-0,80, junge keine 0,00, Italienische 1,00. Enten per Stück 1,60-3,00. Hamburger junge per Stück 3,70. Gänse, Hamburger pr. Lb. 0,90 bis 1,10, Eis. 0,53-0,62. Hefte per 100 Lb. 91-98, groß 0,00, mittel 0,00. Zander, mittel 0,00, matt 0,00. Schleie, unsort. 0,00, groß 0,00, kleine 0,00, Wale, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 0,00. Wlben, klein 41-42, groß, matt 46-57. Karpen, 45er 00,00, do. 100er 50-52. Bunte Fische 0,00. Barje, matt 62-63, do. 0,00. Störchen 0,00. Weiss 0,00. Quappen 58. Stiefische 00-00. Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Lb. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 20-25. Sprotten, Kleier, Wall 0,75-1,25. Danziger, Ball 0,50-0,60. Rindern, Kleier, Etage Ia 3-4, do. mittel der Rite 2-3. Hamb. Etage 4-5, halbe Rite 1,50-2. Sälzlinge, per Ball Kleier 3,50-5,00. Stralunder 6,00. Wale, groß per Lb. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60. Heringe per Schock 4-5. Scheffische Rite 3-4,00, do. 1/2, Rite 2,00. Rabian, p. 100 Lb. 20-25. Dellbut 0,00. Sardellen, 1902er per Kist 98, 1906er 98, 1906er 98, 1907er 75-75. Schwedische Backheringe 1906 0,00, large 40-44, fall 36-38, mod. 35-42, deutsche 37-44. Heringe, neue Ratten, per 7, To. 60-120. Sardinen, russ., Pak 1,50-1,60. Bratheringe, Büche (4 Liter) 1,50-1,75. Neunaugen, Schock 11, kleine 5-6, Riesen-14. Eier, Lond., per Schock 4,75-5,80. Butter per 100 Lb. Ia 114-120, IIa 110-115, IIIa 108-112, ablaufende 90-100. Saure Gurken Schock 3,50-4,00, Pfeffergurken 3,50-4,00. Kartoffeln per 100 Lb. 0,00, magnum bonum 2,25-2,50, Danische 2,25-2,50, Rosen 0,00, weiße 2,00-2,25, Salatkartoffeln 2,00-6,00, Spmal per 100 Pfund 15-20. Karotten per 100 Pfund 10-12. Sellerie, hiesige, per Schock 2,00-5,00, do. spanische 5,00-6,00. Zwiebeln große, per 100 Lb. 2,75-4,00, do. kleine 2,50-3,00, do. hiesige (Perl-) 0,00. Charolten 0,00. Petersilie, grün, Schockbund 2,00. Kohlrabi per Schock 0,00. Rettig, bahr., per Schock 2,40-4,80. Mohrrüben, per 100 Pfund 6,00-8,00. Zeltower Rüben per 100 Pfund 7-10. Weiße Rüben, große 2 bis 2,50, kleine 6-8. Rote Rüben 2,00-2,50. Blumenkohl Ital. p. Kopf 0,16-0,20. Kohlrüben per Schock 2-2,50. Birnstrüdel per Schock 3,00-6,00. Koffohl per Schock 3,00-5,00. Weisstohl 100 Lb. 2,00-3,00. Rosenkohl p. 100 Lb. 20-25. Grünkohl per 100 Lb. 4-5. Schnittlauch 12 Köpfe 2,00-3,00.

Birnen, per 100 Lb. hiesige 0,00, holl. 8-20, Hal. 85-88. Apfel, de 100 Lb. hiesige 6-24, Granatfeiner 0,00. Äpfel in Kästen 0,00, Rite 32-60, Amerik. 15-20. Birnen, hiesige 800 Stück 7,00-9,00, 360 Stück 7,00-9,00, 200 Stück 9-13. Apfelsinen, Java, per Kiste 0,00, Marcin 200er Rite 8-10, do. 300er 8-10, Valencia 420er Rite 12-16,00, do. 714er 18-21, Nejjina, Blut 100er 7-10, do. 150er 7,50-11, do. 80er 9,50-11. Mandarinen, Rite 0,75-2,00, do. in Körben per 100 Lb. 17-24.

#### Witterungsüberblick vom 6. Februar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hoh m m)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer (hoh m m)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Erwitte	764,9	2bedekt	-1	Dapranba	773,8	2heiter	-21				
Hamburg	768,9	4halb bb.	-6	Petersburg	774,6	1Regen	-5				
Berlin	766,9	2Schnee	-2	Scilly	769,0	5wolfig	4				
Frankfurt	766,9	5wolfig	-3	Hberbeen	771,0	2halb bb.	-1				
München	764,0	2Rebel	-6	Paris	765,0	2bedekt	-8				
Wien	767,0	1Rebel	-4								

**Wetterprognose für Donnerstag, den 7. Februar 1907.**  
Etwas kälter, zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit leichten Schneefällen und mäßigen nordöstlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Sozialdemokrat. Wahlverein Nowawes-Neuendorf.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse  
**Alex Thormann**  
seinem langjährigen Leiden erlegen ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Der Vorstand.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Neuendorf aus statt.  
Die Genossen versammeln sich um 3 Uhr bei Hietz.

**Sozialdemokrat. Wahlverein i. d. Berl. Reichstagswahlkreis**  
Stralauer Viertel, Bezirk 335.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kamerad  
**Wilhelm Jahn**  
Friedrichstraße 20 gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Andreas-Gemeinde in Wilhelmshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltung Romawes-Neuendorf.  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege  
**Alex Thormann**  
seinem langen Leiden am Montag, den 4. ds. Mts., erlegen ist.  
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.  
Die Verwaltung  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Neuendorf aus statt.  
Die Mitglieder versammeln sich um 3 Uhr bei Singer.

**Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei**  
Eingeschriebene Genossenschaft mit beschränkter Haftung,  
Reinholdstraße 62, Sonnabend, den 3. Februar 1907, abends 8 1/2 Uhr,  
im Kontor der Bäckerei:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Berichtigung und Genehmigung der Bilanz. 3. Bericht über die stattgefundenen gerichtliche Revision. 4. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. 5. Statutenänderung. 6. Anträge. 7. Beschluß. 1907.  
Die Bilanz liegt im Kontor, Wilhelmstraße 61, den Genossen zur Einsicht aus.  
Der Vorstand:  
Robert Engel, Karl Marschel.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher  
**Otto Schulz**  
am 4. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Ferdinandsstr. 4 aus nach dem Elisabeth-Kirchhof, Pringelallee, statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
112/7 Die Ortsverwaltung.

**Adolf Letzel,**  
Kommandantenstraße 14, Laden,  
sind wieder die schönsten und billigsten  
**Masken - Kostüme**  
zu hab. Vorzeiger dieser  
Annonce 15 % extra.

**Verein Berliner Hausdiener.**  
Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Geogr. 1883. Bureau u. Arbeitsnachweis: Alte Leipzigerstraße 1 (Eingang Kaules Hof).  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Gustav Richter**  
(Landbergerstr. 3) am Montag, den 4. Februar, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt.  
Um rege Beteiligung bitten  
62/17 Die Ortsverwaltung.

**Inventur-Verkauf**  
Nur einmal jährlich!

**Steppdecken Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre,**  
Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstr. 158  
Unter-nirgends Filialen!  
**Sonderangebote**  
Similiseide In den Farben 15 25 750  
Wolltulle rot, blau, oliv 15 75 850  
Bunte Normal- 150 250 950  
Schlafdecken 1 2 8  
Wolldecken ganz dick 3 00 4 00  
Reisedecken (engl.) 8, 8, 10 M.  
**Inventur-Extralist** gratis und franko  
u. Katalog mit ca. 600 Illustrat.

**Invaliden - Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.**  
**Alb. Jordan**  
findet am Donnerstag, den 7. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Sophien-Kirchhofes, Bergstraße, aus statt.  
12825 Das Komitee.

**Singer Nähmaschinen.**  
Einfache Handhabung! 31072.  
Große Haltbarkeit! Gobe Arbeitsleistung!  
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.  
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Konstruktionsweise.  
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

